

8 mal wöchentl. Bezugspreis: für April 2 M. 20 Pf. einschließlich Postgebühren. Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Wart. Preise: Die eingepaltene Weltzeitung 20 Pf., Familien- u. Vereinsanzeigen, Gesuche 15 Pf., Die Welt-Kellereizeitung 8 Pf., die Leberzeitung durch die Post außerdem Portomulden. Preis für die Einzelnummer 10 Renten-Pfennig. Weltzeitung Verlag: Josef Neumann, Dresden

Am Kasse höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Wartungen und Bestellungen von Subskribenten. Für unbenutzte und durch Versprecher übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unbenutzte eingepaltene und mit Rückporto nicht bezahlte Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptredaktion: Dr. Josef Albert, Dresden

# Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Verständigung der Sächsischen Volkszeitung mit Druck und Verlagsgesellschaft Sächsische Buchdruckerei Dresden, K. 10, Poststraße 44, Telefon 9722, Postfach 14707 Dresden

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden, K. 10, Poststraße 44, Telefon 9722, Postfach 14707

## Der politische Auferstehungsgeist

Fast gleichzeitig mit der großen kirchlichen Feier des Auferstehungsfestes hat sich auch im politischen Leben ein neuer Geist Bahn gebrochen. Man hofft, man zieht Schlüsse aus den Ereignissen der letzten Wochen. Vor allem sind es die Sachverständigenberichte, die eine neue Wera am politischen Himmel heraufzuführen scheinen. Wir dürfen heute die Hoffnung auf neue Erfolge haben. Allerdings nicht ohne Kosten, ohne Anspannung der gesamten Arbeitskraft. Aber was bedeutet eine zeitlich begrenzte Last gegenüber der endgültigen Freiheit einer Nation?

Wollen die Völker den Frieden?

Die Tendenz zum Frieden offenbart sich in den einzelnen Ländern durchaus verschieden. Abgesehen von Frankreich kann man feststellen, daß es kein Land gibt, das nicht aufrichtig den Wunsch hätte, in einen endgültigen Frieden mit Deutschland zu treten. England und Amerika denken viel zu früh, als daß sie nicht wüßten, wie nur der wirtschaftliche Zusammenschluß mit Deutschland der Welt zum Frieden dienen kann. Ramsay MacDonald ist auch innerlich voll und ganz der Mann, der am heiligsten und mit lauterstem Herzen die Geschichte Deutschlands in diese Bahnen hineinlenken möchte. Der amerikanische Präsident denkt ähnlich, wiewohl Amerika stets die Dinge aus der Ferne betrachtet und, zunächst die europäischen Angelegenheiten in ein gewisses Stadium hineingelassen läßt, bevor es aktiv mit seiner finanziellen Hilfe auf den Plan tritt. Und in Italien steht Mussolini diesen Ideen nicht etwa fern. Auch er verfolgt grundsätzlich die Politik des Friedens, und zwar des Dauerfriedens. Ja, Italien ist vielleicht die Macht, die Deutschland gegenüber die meisten Sympathien aufzuweisen hat. Aus allen Berichten hört man es heraus, daß die Italiener sich gewissermaßen zu Deutschland hingezogen fühlen. Es verknüpfen uns zuviel Bande mit dem Süden, Künstler und Gelehrte haben mit diesem Land Italien seit Jahrhunderten die engsten Beziehungen gepflogen. Dazu kommt die schwärmerische Vorliebe des Deutschen für den südlichen Sommer. Bei Studien- und Erholungsreisen haben sich die Angehörigen beider Nationen kennengelernt. Selbst der Weltkrieg konnte an diesem Verhältnis nichts ändern. Deutschland und Italien liegen dazu, rein ökonomisch genommen, soweit auseinander, daß sie keine Grenzivalen sein können, daß also der gewöhnliche Kriegerstand ausreicht. Auch die übrigen Vorbedingungen für einen Krieg stellen im Verhältnis der beiden Völker fort. Das Gegenteil war bei Oesterreich der Fall. Dieses Land grenzt an Italien und gerade bezüglich dieser Grenzen bestanden fortwährend Streitigkeiten, Italien und Deutschland hatten also gar keinen Grund, feinerzeit den Weltkrieg zu inszenieren, und Deutschland wurde nur deshalb von Italien behauptet, weil es der Bundesgenosse Oesterreichs war. Heute freut sich der Italiener, wenn er in Deutschland wieder den alten Bekannten begrüßen darf.

Auch in Belgien gewinnt der Gedanke an den wahren Frieden an Boden. Freilich ist Belgien zu sehr wirtschaftlich und politisch, zum Teil sogar vertraglich an Frankreich gebunden, als daß es sich so leicht aus den Klauen des französischen Gelezes befreien könnte. Andererseits hat Belgien mit am meisten unter den Kriegsgeschrechen gelitten und die psychologischen Nachwirkungen dieser Zeit haben auch heute noch einen nicht unbedeutenden Haß gegen Deutschland zur Folge. Grundfährlich aber will auch dieses Land den Frieden mit uns. Sein neuerlicher Anschluß an die englische Auffassung über die Sachverständigenberichte erbringt den besten Beweis.

Frankreich ist und bleibt schließlich das einzige Land, das nicht einmal den Frieden will, sondern das stets nach neuen Umständen sucht, um einen dauernden Kriegszustand herbeizuführen. Diese Tatsache, daß Frankreich nicht den Frieden will, müssen wir festhalten und uns entsprechend einstellen. Die Arbeiten der Sachverständigen sind zum Abschluß gekommen. Deutschland ist bereit, auf der Grundlage der Verträge weiterzuarbeiten. Und das Ausland bekennt sich ebenfalls zu diesen Gutachten.

Das ist der äußere Lauf der Dinge. Das ist der äußere Schein der Vorfälle, der von irgend woher aufzuleuchten beginnt. Der Lichtblick nach der Fülle von Enttäuschungen und Leiden, die uns in der Vergangenheit trafen.

Was bleibt nun zu tun?

Ist mit dem Klang der Ostermorgenglocken auch schon der wahre Ostergeist gekommen? Der Klang der Morgenglocken ist nur äußerlich, er ist nur Schall, aus totem Erz geschlagen. Oestern aber soll Freiheit, soll Leben, soll tätiges Leben für uns alle sein. Und darum nützt uns alles Gefühlsmäßige nichts. Alles Träumen ist ein Nichts, ein Zeitverfüßnis.

Die Stellungnahme der gesamten Nation zu den Problemen der Zukunft wird sich am besten offenbaren, durch den

## Die französisch-belgischen Gegensätze

Die französischen Hindernisse — Teilweise Verständigung — Der Meinungs-austausch soll fortgesetzt werden — Eine Besprechung Mussolinis mit Theunis und Symans.

### Das Ergebnis der Pariser Besprechungen

Paris, 29. April. Die Begegnung der belgischen Minister mit Poincaré wird in der Presse übereinstimmend als eine erste Fühlungsnahme bezeichnet. Aus diesem Grunde sei auch nur von den wichtigsten Problemen die Rede gewesen. Beide Parteien, so bemerkt der „Petit Parisien“, haben sich rasch darüber verständigt, daß die Reparationskommission so schnell wie möglich die in ihren Berichten fallenden Empfehlungen des Sachverständigenplanes verwirklichen müssen. Es wurde ferner beschlossen, daß bei wirtschaftlicher Wärmung des Ruhrgebietes die militärische Okkupation fortzusetzen werde bis zu dem Augenblicke, wo Deutschland seine Verpflichtungen völlig erfüllt habe. Zuvörderst wird der belgisch-französische Truppenkörper auf ein Minimum herabgesetzt und die Rückkehr zur unsichtbaren Okkupation durchgeführt werden. Andererseits soll die wirtschaftliche und administrative Eindeutigkeit des Reiches entsprechend der von den Sachverständigen ausgesprochenen Forderung wiederhergestellt werden. Doch kann diese Wiederherstellung erst in Frage kommen, sobald Deutschland mit der Ausführung des Sachverständigenplanes im fortgeschrittenen Maße beginnt.

Der „Matin“ fragt, wann Poincaré den Zeitpunkt des Austausches der lokalen Pfänder gegen das allgemeine von den Sachverständigen vorgeschlagene Pfändersystem für gekommen hält. Die französische Regierung, so schreibt das Blatt, habe auf dem Standpunkt, daß, sobald die nötigen Gesetze vom Reichstage angenommen sind und die Reparationskommission die verbindlichen Empfehlungen davon benachrichtigt hat, daß alle Vorbereitungen zum Inkrafttreten des neuen Systems getroffen sind, der Austausch der Pfänder erfolgen könne. Von deutscher Seite werde man vielfach geltend machen, daß es unmöglich sei, den Wortlaut gewisser Gesetze, insbesondere diejenigen der Besatzungen, die die neuen Eisenbahnbetriebsmittel regeln, festlegen angesichts der Unmöglichkeit, ob Deutschland seine administrative Autorität im besetzten Gebiet zu erhalten werde. Hierzu bemerkt der offiziöse „Matin“ weiter, Frankreich sei bereit, Deutschland die allgemeinen Versicherungen zu geben, daß die wirtschaftliche und fiskalische Eindeutigkeit des Reiches unter gewissen Modalitäten, die von den Verbündeten zu regeln wären, wiederhergestellt wird.

Paris, 29. April. Das amtliche Kommando über die Verhandlungen der beiden Ministerpräsidenten erteilt feierlich Aufschluß über die Probleme, die behandelt worden sind. Es wird lebhaft festgestellt, daß Poincaré und Theunis sich über die durch die Expertenberichte geschaffene Lage besprochen haben.

London, 29. April. Weiter erzählt zu den Verhandlungen über die Sachverständigenberichte, daß der nächste Schritt die Erwägung der auf die Sachverständigenberichte einzugehenden Antworten durch die Reparationskommission sei, was wahrscheinlich morgen der Fall sein wird. Bis dahin dürften voraussichtlich die Antworten Japans und Jugoslawiens vorliegen. Es sei vollkommen möglich, daß der belgische Ministerbesuch ein Glied in einer Kette von Zusammenkünften bilden würde.

Ausfall der Reichstagswahlen am nächsten Sonntag. Es muß uns immer wieder auffallen, daß man im Ausland die größten Befürchtungen an einen etwaigen rechtsradikalen zukünftigen Reichstag knüpft. Ja, man spricht es bereits offen aus, daß in dem Moment, wo wir die letzte weltliche Linie verlassen, auch der Kredit des Auslandes verschwunden sein wird. Daß bei einer Rechtsregierung in Deutschland Frankreich einen neuen Vorwand für seine Pfänder- und Sanktionspolitik haben wird. Diese Tatsache ist ernst, und sie ist umso ernster, als das deutsche Volk noch nicht so klug und kritisch geworden ist, um wahre und falsche Methoden der deutschen Parteien zu unterscheiden. Gerade weil wir uns von dem neuen politischen Auferstehungsgeist rein gefühlsmäßig tragen lassen, ist es umso eher möglich, daß wir blind und töricht den Besprechungen jener glauben, die uns in parteitaktischer Absicht an unsere einrige Größe und nationale Würde „erinnern“. Es umschmeicheln uns Ehrenedle, wenn man hört, daß es unbedenklich, unbedeutend und unumwundenlich sei, einen Friedensvertrag zu erfüllen, den schandbedeckte Männer unterzeichneten.

Die Erfüllung des Friedensvertrages und damit gleichzeitig die endgültige Anerkennung der Sachverständigenberichte spielt immer noch eine Hauptrolle im gegenwärtigen Wahlkampf. Wenn man auch nicht offen die Nichterfüllung des Vertrages von Versailles proklamiert, so sucht man doch umso intensiver an den menschlichen Instinkt zu appellieren, und man versteht es in diesem Sinne ausgezeichnet, gerade jene Partei zu verdächtigen, die von Anfang an auf dem Boden der Erfüllungspolitik gestanden hat: Die Zentrumspartei.

Wir wollen etwas Grundfährliches zu diesem gefühlsmäßigen Appell an das Volk sagen:

Man kann sehr wohl der Meinung sein: Es wäre heldenhafter für das Volk gewesen, wenn es 1918 nicht die Waffen gestreckt hätte, wenn es bis zum letzten Mann einmühsam

### Theunis über die Besprechungen

Brüssel, 29. April 1924. Theunis und Symans halten sich seit gestern abend wieder hier auf. Dem Pariser Vertreter des „Liberal Belge“ hat Theunis vor seiner Abreise aus Paris nachfolgende Erklärung abgegeben: Unser Ziel bestand darin, zu erfahren, wie weit unser Standpunkt sich mit demjenigen unserer französischen Freunde hinsichtlich der verschiedenen mit dem Sachverständigenplan zusammenhängenden Probleme, für die unsere Regierungen kompetent sind, deckt. Wir wissen es nunmehr. Ich verhehle es Ihnen nicht, daß noch viele Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen sind, der Umstand aber, daß wir kommenden Donnerstag unsere Reise nach London antreten, beweist Ihnen, daß wir hoffen, eine allgemeine Verständigung herbeizuführen.

Paris, 29. April. „Citizens Tribune“ glaubt zu wissen, daß Poincaré nächste Woche zu Besprechungen mit MacDonald nach London gehen werde. Diese Fühlungsnahme würde das Beispiel einer allgemeinen internationalen Konferenz sein.

Rom, 29. April. (Agenzia Stefani). Nach der Rückkehr von seiner geplanten Sizilienreise wird Mussolini eine Zusammenkunft mit Theunis und Symans haben. Als Ort der Konferenz, die voraussichtlich Mitte Mai stattfinden soll, ist Venedig vorgesehn.

Paris, 29. April. Nach dem diplomatischen Mitarbeiter der Daily Mail ist zwischen Belgien und Frankreich gestern eine Verständigung u. a. in nachstehenden Punkten erzielt worden. Für die Sicherheit der Truppen im Rheinland und die kleineren französisch-belgischen Garulonen, die an der Ruhr aufrecht erhalten bleiben, müssen wirsame Garantien erteilt werden. Auf diesen Punkt hat namentlich Marshall Foch, der der letzten gestern abend stattgefundenen Zusammenkunft zwischen dem belgischen Minister und Poincaré beizuwohnt, hingewiesen. Nach dem Reporter Gerard sind gemeinsame internationalisierte Strafmaßnahmen für den Fall deutscher Verletzungen nicht erörtert worden und die beiden Regierungen wären dahin übereingekommen, daß die Frage der Sanktionen vorläufig überhaupt nicht aufzuarbeiten werden sollte, solange mit der teilweise wirtschaftlichen und eventuellen militärischen Wärmung des Ruhrgebietes nicht begonnen sei. Die französischen Minister geben jedenfalls zu, daß die Frage der Sanktionen nur flüchtig gestreift wurde. Mit Wohlgefallen sei dagegen das Problem der internationalisierten Schulden übergangen worden.

### Tirard, Foch, Barthor, und Theunis, und Symans bei Poincaré

Paris, 29. April. Bei der 2. Zusammenkunft, die die belgischen Minister kurz vor ihrer Abreise mit Poincaré hatten waren Tirard, der Präsident der Rheinlandkommission, Marshall Foch und Barthor zugegen. Tirard hat über die wirtschaftliche Lage im besetzten Gebiet Bericht erstattet. Foch seinerseits soll auf die französische Bedenken der Rhein- und Ruhrarmen hingewiesen haben. Der Meinungs-austausch zwischen Belgien und Frankreich soll auf diplomatischem Wege fortgesetzt werden.

wäre. Es wäre heldenhafter gewesen, keinen Friedensvertrag von Versailles zu unterzeichnen, keine schandvollen Waffenstillstandsbedingungen anzunehmen. Andere Völker hätten vielleicht anders gehandelt. Ja, es gibt Beispiele in der Geschichte, wo man anders handelte, als Deutschland es getan hat. Es gibt Beispiele, wo eine Stadt, ein Volk lieber den letzten Tropfen Blut opferte, als daß es ein einziges Glied seiner Würde in die Hand der Feinde gegeben hätte. Man zog den Tod, den eigenen, wie den von Weib und Kind, der Schwachheit der Menschheit vor. Das war Heldentum. Das war große, über alles erhabene Liebe zu Volk und Vaterland.

Wer aber ist nun schuld daran, daß wir den uns aufzunehmenden Frieden annehmen? Diejenigen, die den Vertrag unterzeichneten?

Nein! Das Volk wollte es nicht anders. Und dann sind diejenigen die Schuldigen, die heute am lautesten von Nationalismus reden. Sie hatten Weisung genommen vor den Revolutionären und sich in ihre Schlafzimmeln verflochten.

Bei der überaus krankhaften psychologischen Einstellung des Volkes zu Ende des Krieges wäre allein schon das Ansetzen eines Weiterkampfes ein Widerstand, eine Verblendung gewesen. Dieses Ansetzen hätte zwar geschehen können, von denen, die die Regierung übernommen hatten. Weil aber die Sozialdemokraten in der Mehrzahl waren und auch die Masse hinter sich hatten, blieb für die übrigen verantwortlichen Stellen kein Spielraum mehr. Darum war es gut, daß besonnene Leute durch Unterhandlungen das retteten, was überhaupt noch zu retten blieb. Der Kernpunkt dieser Betrachtungen ist also, daß das Volk als solches und mit ihm ein Teil der heute wieder so „lauten heldenhaften“ Führer die Verantwortung für die damalige Zeit trägt. Wie das Volk zu dieser Einstellung 1918 gekommen ist, ist eine Sache für sich. Das lag zum Teil in der Dauer des Krieges und zum Teil in

anderen Momenten, die hier nicht weiter erörtert werden sollen, begründet.

Uns kommt es hier nur auf die nackte reine Tatsache der völligen Kriegsmüdigkeit und der völligen Resistenzlosigkeit der Masse an.

Wenn wir uns diese Tatsache vergegenwärtigen, so muß uns die heutige Volkstimmung überraschen. Ist es doch gerade diese Volkstimmung gewesen, die 1918 nichts von einem Weiterkämpfen wissen wollte, die sich aber heute so schnell und mühelos von den Faszinationen gewisser Patrioten einfangen läßt.

tung fanden, und zweitens die Last auf sich nehmen, die man eben infolge der Mut- und Resistenzlosigkeit bei Kriegsende und nicht infolge der Schande einiger weniger, die den Friedensvertrag und die Waffenstillstandsbedingungen unterzeichneten, aufgebürdet erhellt.

Das ist die rauhe Wirklichkeit. Warum lassen wir uns belügen? Der Mann, der heute wohlklingende Reden halten kann, ist nur ein Schmiedler, er lügt tagsaus, tagein. Die Wirklichkeit ist doch wahrhaftig nicht so wohlklingend.

Wer hätte also heute das Recht, einen Stein auf jene zu werfen, die seit 1918 im Geiste der Erfüllungspolitik gewirkt, geschafft, ihres Lebens Kraft geopfert haben.

Wir erleben also heute das würdelose Schauspiel, daß sich einmal diejenigen als Helden des Tages gebärden, die in der Schlachtfeldsunde der deutschen Nation müde, selig, in stummer Resignation der Staatsarbeit sich entzogen und daß zum anderen Male der Volksteil, der 1918 den Frieden um jeden Preis wollte, heute die Unterzeichner dieses Friedens als ehrlose Männer hinstellen läßt.

Die Masse zur Stärkung „ihrer“ Position „gebraucht“ haben, sich nicht scheuen werden, dieselbe Masse unter ihre Knechtschaft zu zwingen. Noch ist es Zeit.

Was fordert also die Gegenwart von uns? Daß wir den völkischen Aufbegehungsgeist in uns stärker und stärker werden lassen. Aber nicht in dem Sinne, daß wir unsere Instinkte aufspeitschen lassen, sondern dadurch, daß wir das schöne Bild der Zukunft, von uns so schmerzhaft herbeigeführt, uns in ernster, würdevoller Arbeit gestalten.

Der 4. Mai steht vor der Tür. Feldgeschrei links und rechts schlagen an unser Ohr. Aber es ist leicht die Wahrheit zu finden, Vergleichen wir die Worte der Parteien mit ihren Taten. Und wir werden den Weg finden, den goldenen Weg der politischen Mitte, von dem aus wir in klarer Ueberlegung in strenger Dialektik und mit der großen Liebe unseres Herzens für deutsches Land, für deutsche Sitte in der Ferne das Morgenrot der Freiheit aufzueglänzen sehen.

### Die bedingungslose Ausführung des Dawesplanes

London, 29. April. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, sowohl die italienische als auch die belgische Regierung stimmen mit der britischen in ihrer bedingungslosen Annahme des Dawesplan als eines unteilbaren Ganzen überein.

### Der Wunsch Macdonalds

London, 29. April. Macdonald gab gestern Abend im Laufe einer Rede in seinem Wahlkreis (Merioneth) eine wichtige Erklärung über den Bericht der Sachverständigen ab.

### Der Reichskanzler in Köln

Köln, 29. April. Reichskanzler Dr. Marx, der am Sonntag in Düsseldorf in einer Zentrumsversammlung gesprochen hat, sprach am Montag vor einer Massenversammlung, die einen Zentralappell des Kölner Zentrums darstellte.

## Was wird aus dem neuen Reichstage?

### Eine neue Reichstagsauflösung in Sicht?

In politischen und parlamentarischen Kreisen der Reichshauptstadt bildet mehr und mehr die Erwörterung des vorläufiglichen Wahlergebnisses vom 4. Mai den Hauptgegenstand der Besprechungen.

Die Bildung einer großen Koalition mit Einfluß der Deutschen Demokratischen Partei auf den Widerstand der Sozialdemokraten einerseits und der Sozialdemokraten andererseits stoßen. Gibt man dazu, daß es nicht allein notwendig ist, daß der neue Reichstag eine regierungsfähige Mehrheit erhält, sondern daß auch die Regelung einer Zweidrittelmehrheit notwendig ist im Hinblick auf die vielerlei verfassungsändernden Fragen, die sich aus der Stellungnahme zu dem Sachverständigenrat ergeben, dann ist bei der jetzigen Lage tatsächlich gar keine Aussicht vorhanden, daß der neue Reichstag wirklich positiv zu arbeiten vermag.

Zurück nichts kann die Unsicherheit, die gegenwärtig unser politisches Leben beherrscht und die auch mit einer Hauptursache für die Nervosität im ganzen Wirtschaftsleben, nicht zuletzt an Wörtern, Geschäfts- und Handelswelt ist, besser charakterisiert werden als durch diese Tatsache, nämlich die Verteilung der Reichsrenten.

### Das Urteil gegen den Hitler-Stoßtrupp

München, 29. April. In dem Hochverratsprozess gegen 38 Angehörige des früheren Stoßtrupps Hitler fällt das Volksgericht Montagmorgen das Urteil. Es lautet für die Angeklagten v. Knobloch und Maurice auf je 1 Jahr 6 Monate Festung und je 1000 Goldmark Geldstrafe, für Schneider und Fritsch auf je 1 Jahr 4 Monate Festung und je 50 Goldmark Geldstrafe und für die übrigen Angeklagten auf je 1 Jahr 3 Monate Festung und je 30 Goldmark Geldstrafe.

### 180 Bergleute verhaftet

Neuhof, 29. April. In einem Bergwerke bei Wheeling in West-Virginien hat eine Explosion schlagender Steinerstaubstaub, durch die 180 Bergleute von dem Grubenausgang abgetrennt worden sind. Ihr Schicksal ist völlig ungewiß.

### Frankreich entsendet Truppen nach Syrien

Konstantinopel, 29. April. Die Franzosen haben Truppen in Beirut gelandet. Zwischen Adonis und Djisr sind einige tausend Mann verarmelt. Der türkische Kriegsdirektor verzweigt einem Ausfrager jede Auskunft über die Lage.

### Die Namen der deutschen Unterhändler

Berlin, 29. April. Die deutsche Kriegsalkotationskommission hat am Montag der Reparationskommission die Namen der Herren mitgeteilt, die deutscherseits in den Reparationsanklagen-Auswahlschuss und in den Ausschuß für die Organisation der Industrieobligationen eintraten werden.

### Moranos Verhandlungen in London

London, 29. April. Moran hat gestern in London mit den englischen Regierungsfachverständigen und den englischen Mitgliedern der Sachverständigenauschüsse sowie führenden Persönlichkeiten der Volkswirtschaft über die Aussichten einer internationalen Anleihe für Deutschland auf dem Londoner Markt verhandelt.

### Stimmzettel für die Reichstagswahl

(A.) Nach einem Schreiben des Reichsministers des Innern an die Landesregierungen würde es dem dem Reichstage bei Einführung des amtlichen Stimmzettels verfolgten Zweck widersprechen, wenn den Parteien gestattet würde, den amtlichen Stimmzettel nachzudrucken, um ihn mit einer entsprechenden Entwertung an ihre Anhänger zu versenden oder zu verteilen.

Das Reichswahlgesetz in der Fassung vom 6. März 1924 kennt nur amtliche auf Kosten des Reiches hergestellte Stimmzettel. Demzufolge hat die Reichsregierung vorgeschrieben, daß der Wähler nach Betreten des Abstimmungsraumes Stimmzettel und Umschlag erhält, im Abstimmungsraum den Stimmzettel auszufüllen hat und daß Stimmzettel, die als nicht amtlich hergestellt erkennbar sind, ungültig sind.

### Berliner Devisenkurse vom 29. April (antlich)

mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank, A. S., Dresden

Telegraphische Auszahlung auf	Z. 4.		19. 4.	
	z.	h.	z.	h.
Antwerpen	157.21	157.19	146.81	157.19
Berlin	21.74	21.76	21.44	21.56
Bombay	52.10	52.14	52.25	52.45
Brüssel	70.52	70.58	70.52	7.88
Buenos Aires	110.57	111.03	110.57	111.03
Bombay				
London	18.75	18.85	18.75	18.85
Paris	18.405	18.45	18.405	18.45
Wien	4.19	4.21	4.21	4.21
Genève	27.23	27.37	27.43	27.57
Madrid	34.51	34.59	34.51	34.59
Sankt Petersburg	57.80	58.25	57.80	58.25
Frankfurt				
Basel	6.30	6.42		
Barcelona				
São Paulo	1.265	1.265	1.240	1.355
Montevideo				
Santiago	4.59	4.71	4.615	4.735
Manila	4.89	4.71	4.61	4.72
Batavia	1.675	1.665	1.675	1.685
Yokohama	13.16	13.14	13.15	13.14
Singapur	82.85	83.25	82.85	83.25
Sourabaya			1.125	1.165
Manila	41.063	43.935	41.063	43.935
Calcutta	2.225	2.265	2.215	2.255

### Berliner Börse

Kursnotizen in Millionen		29. 4.	28. 4.
Rheinische	20.50	20.50	21.125
Preussische	11	11	11.125
Bayernische	3.23	3.23	3.75
Württembergische	4.51	4.51	4.125
Sächsische	8.125	8.125	9.50
Preussische	9.8	9.8	10.375
Sächsische	38.71	37	
Bayernische	7.6	7.3	
Sächsische	10.25	9.25	
Preussische	1.8	1.8	
Bayernische	1.59	1.5	
Preussische	3.1	3.1	
Württembergische	13.50	11.75	
Sächsische	18.25	17	
Bayernische	9.815	8	
Preussische	3.80		
Württembergische	2.75	3	
Sächsische	3.825	3.9	
Preussische	4.50		
Württembergische	1	1	
Sächsische	0.3	2.5	
Bayernische	1.25	1.75	
Preussische	25.50	24	
Sächsische	4.50	4.75	
Württembergische	27	27	
Sächsische	66.125	61.25	
Preussische	7	6.50	
Sächsische	20.75	21.125	

Mitgeteilt vom Reichsbankverein, Filiale Dresden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Josef Albert, Dresden. — Für den Inseratenteil: Josef Böhmanna, Dresden.

## Wahlen und Außenpolitik

Von einem besonderen diplomatischen Mitarbeiter wie und geschrieben:

Die letzten Jahre waren für das mit der außenpolitischen und wirtschaftlichen Klambation seiner Niederlage im Weltkrieg beehrte Deutschland eine einzige Kette von außenpolitischen Krisen. Spa, Genf, London, Paris, Genoa bezeichnen die Etappen. Das Jahr 1923 brachte höchste außenpolitische Gefahr: es war das Jahr des Ruhrkrieges, der die wirtschaftliche und innerpolitische Situation Deutschlands aufs tiefste erschüttert hat, andererseits auch für Frankreich und das übrige Europa den Wunsch nach einer stabilen Regelung des Reparationsproblems immer dringender werden ließ, ist man zur sachlichen Erörterung der Streitfragen zurückgekehrt. Das Ergebnis sind die Vorschläge der internationalen Sachverständigen, die heute der deutschen Regierung zur Beurteilung vorliegen. Wenn auch diese Regelung bei ihrer Durchführung schwere Risiken für Deutschland mit sich bringen würde, so beschränkt sie doch einen wesentlichen Fortschritt dadurch, daß sie endlich klare Wege für die wirtschaftliche Auseinandersetzung weiset und eine genaue Abgrenzung der Lasten nach Zeit und Leistung mit sich bringt. Eine Vereinbarung zwischen Deutschland und seinen Reparationsgläubigern auf Grund dieser Vorschläge hat alle Aussicht, eine Voraussetzung für eine ordentliche Weiterführung der Wirtschaft und des inneren Wiederaufbaus zu schaffen.

Diese für Deutschland außerordentlich wünschenswerte Entwicklung wird durch gewisse innenpolitische Strömungen gefährdet. Die deutschen Sozialparteien in ihrer negativen Einstellung zur Innen- und Außenpolitik der gegenwärtigen Reichsregierung und ihrer Vorgänger rennen schon heute gegen das Zustandekommen einer Reparationsregelung auf Grund der Sachverständigen-Vorschläge an. Kommunisten, Bolschewiken und Deutschnationalen, die immer in grundsätzlicher Opposition zur Außenpolitik des Reiches gestanden haben, sehen in dem kommenden Abschluß eines Reparationsabkommens eine Gefährdung ihrer Ziele. Welches sind aber in der Außenpolitik die Ziele und Absichten dieser Parteien? Bei den Kommunisten, bei denen das innenpolitische Programm mit dem außenpolitischen eng verknüpft ist, liegt das Ziel klar. Sie wollen die Ausbreitung der bolschewistischen Internationale über Deutschland und den Krieg eines bolschewistischen Deutschlands im engen Bündnis mit Sowjetrußland gegen die Weltmächte. Sie nennen, ebenso wie die Bolschewiken, diesen Krieg einen Befreiungskrieg und die Gedankengänge der beiden Parteien sind sich auch im einzelnen durchaus nicht unähnlich. Es liegt hier nur an den bekannten Gedankenaustausch erinnert, der Ende 1923 nach Abschluß des Ruhrkrieges zwischen dem Sowjetführer Kadow und dem völkischen Führer Grafen Kappeler stattgefunden hat. Auch die Bolschewiken wollen die Beilegung vom Vertrag von Versailles, die sie fordern, durch einen Krieg gegen Frankreich. Hitler hat es im Münchener Programm klar ausgesprochen, daß er „die schwarzweiße Fahne über den Reichstag“ wolle. Für beide Gruppen, die Kommunisten und die Bolschewiken, ist allerdings Voraussetzung für den Krieg nach außen Frieden. Auf beiden Seiten werden dabei die gleichen Tatsachen in gleicher Weise verkannt. Der Bürgerkrieg, in dem die Wollen die Macht in Deutschland durch den Bürgerkrieg an sich reißen und diese Macht dadurch festigen, daß sie einen Krieg nach außen führen. Auf beiden Seiten werden dabei die Interessen auf gleiche Weise verkannt. Der Bürgerkrieg, in dem die Wollen die Macht in Deutschland durch den Bürgerkrieg an sich reißen und diese Macht dadurch festigen, daß sie einen Krieg nach außen führen. Auf beiden Seiten werden dabei die Interessen auf gleiche Weise verkannt.

Raum anders, nur weniger loslich ist letzten Endes die Außenpolitik der deutschnationalen Volkspartei, die ebenso wie die Kommunisten und Bolschewiken jedes Ergebnis von Verhandlungen ablehnt, und ausschließlich in dem bewaffneten Kampf das Ziel Deutschlands sieht.

## Zur Einweihung des Linzer Mariendomes

Die Augen der ganzen katholischen Welt sind in diesen Tagen nach dem kleinen Oberösterreichischen Ort, in dessen Hauptort Linz ein herrliches Gotteshaus, der Maria-Empfangnis-Dom vom 28. April bis 1. Mai seine feierliche Weihung erlebt. Das Fest ist ein glänzender Höhepunkt in dunkler Zeit. Während die moderne Wirtschaft und Technik so fortschrittliche Welt es längst verlernt hat, wie ebendiese ihre ganze Größe und stützende Kraft in Worten zum Ausdruck zu bringen, die irdischen Anzeichen entrückt, brüden zu einer besseren Welt gleichen, hat das katholische Volk von Oberösterreich dem hohen Ruf aufgegeben, in einem herrlichen Mariendom ihre Denken und Fühlen zum Ausdruck zu bringen und der Welt zu beweisen, wozu christliche Kultur und christlicher Glaube in unseren Tagen noch fähig ist.

## Volk und Republik

Von Centralredakteur Dr. Decsiot.

„Mir die Gerechtigkeit befreite gehoben, was sind dann die Staaten anders als große Räuberbanden?“ So fragt der heilige Augustinus in vierter Teile seiner Betrachtungen über den Gottesstaat. Der Staat eine Räuberbande — dieser Gedanke des Kirchenvaters hat während der Julia-Länderei wohl bei manchem Zustimmung gefunden, der sonst für solch altes und gutgläubiges Zeug wenig zu haben war. Eine Räuberbande ruft man heute, und denkt dabei an die dritte Strafkolonie.

Oder auch am 9. November. Das heißt: Rechts denkt man an den 9. November 1918, links an den 9. November 1923. Wer hat unrecht? Wo kämpft nun die Räuberbande — für oder gegen die Republik? Darüber ist eine Heber-Einstimmung nicht zu erzielen. Immer die anderen sind die Gallunken. — Wir fragen am besten den Kirchenvater selbst.

„Mir die Gerechtigkeit befreite gehoben, was sind dann die Staaten anders als große Räuberbanden?“ Solch ungerechte Gewalt finden wir heute bei den völkischen Partei-gängern, von denen der Reichsmittel Bauer eine Musterart geworden ist. Das sind Leute, die mit dem Gemeinwohl freie Bahn für Deutschlands Zukunft schaffen wollen. Mit solchen Man- arschisten wollen wir nichts zu tun haben. — Wir können aber auch nicht mit Republikanern zusammenarbeiten, wenn diese zum Nutzen für unseren Staat nur heute zulassen wollen, als mit dem Nutzen der Überzeugung erklären, für sie sei Republik immer die beste Staatsform gewesen und werde die beste Staatsform in alle Ewigkeit sein. Ungerecht ist solche Enstigkeit gegen alle Männer, die ihre besten Jahre dem Dienste an der Monarchie gewidmet haben und heute noch auf die Tage des Kaiserreichs als auf eine glückliche Vergangenheit zurückblicken. Mit dieser Art von Monarchisten, deren Begriffe noch aus einer weniger verwirrten Zeit stammen als der heutigen, läßt sich besser für das Wohl der Republik arbeiten als mit Republikanern, die das Staatsinteresse neben ihren Sonderinteressen nicht eben sehr beachten.

Wer rechtlich für die Republik ist, arbeite für sie — mit uns. Das Zentrum hat dieser Republik ihre demokratische Form gegeben, hat hindernd eingegriffen, als unser Staat nach rufstischem Kultur sozialistische Form bekommen sollte. War das deutsche Staatsrecht während der letzten Jahre in Gefahr, dann reichte das Zentrum den Steuermann; man denke an Jochen-bach, Wieth und Marx. Mit Hilfe des Zentrums wird die Republik auch durch die Klappen hindurchkommen, die nach dem 4. Mai unser warten.

Was ist uns die deutsche Republik? Sie ist das deutsche

## Unwissenheit oder Demagogie?

Von Centralredakteur Dr. Decsiot.

Die „Mitteldeutsche Zeitung“ bringt in Nr. 113 einen sachlichen, wenn auch nicht erschöpfenden Bericht über das Referat Dr. Hoesls in Erfurt. Die Redaktion, der anheimelnd der glänzende Verlauf dieser Zentrumsversammlung im Wagen liegt, kann es nicht unterlassen, einen Kommentar zu diesem Bericht zu schreiben, obwohl sie selbst den Vortrag nicht angehört hat. Sie schreibt:

Was dieser Rede Herrn Hoesels scheint es, als habe das Zentrum aus den letzten Jahren wirklich nichts gelernt. Wer heute noch behauptet, die Erfüllungspolitik (wie sie der Zentrumsanführer Bismarck von vollenkommenen Verlorenen) habe unsere Feinde, voran Frankreich, daran verhindert, ihr Wüthen zu füttern, der läßt immer noch mit Schenkungen an die Wehr- heit vorbei. Was anders als die Erfüllungspolitik hat Bonicars Apetit ins Innerliche wachsen lassen? Was anders als die Erfüllungspolitik in Verbindung mit der ebenfalls für das Reichs- Regime charakteristischen Schwäche gegenüber den Parasiten an Deutschlands Wirtschaftskörper hat das Währungsleben in den vergangenen Jahren ins Unreine getrieben? Darüber hinaus: das noch die deutsche Literatur unter das Schand-Dokument von Versailles als politische Großtat zu verherrlichen, heißt der Sophisterei die Krone aufsetzen! Herr Hoesel übertrumpft damit den Genossen Seidemann, der in einer allerdings längst vergessenen Anwendung von Ehrlichkeit das Wort von der „verderblichen Hand“ sprach, um ein beträchtliches: Wir glauben kaum, daß der Minister mit solchen Argumenten denkende Wähler für das Zentrum gewinnen wird. Und denken und nachdenken haben wir in den letzten Jahren doch wohl alle gelernt!

Es heißt allerdings der Sophisterei die Krone aufsetzen, wenn die Redaktion der Mitteldeutschen diese „offen Stamellen“ feilscht.

Reimt die Mitteldeutsche folgende Aussprüche nicht? Dr. Stresemann: „Die Freiheit muß durch materielle Mittel erkauft werden!“

Sinnlos: „Die Wirtschaftliche Erfüllungspolitik war die einzig richtige.“

Siehe: „Die deutschnationalen werden nach meiner Auffassung nicht darauf bestehen, den Friedensvertrag sofort als gerufen zu bezeichnen. Wir haben früher diese Auffassung vertreten, haben und inzwischen überzeugt, daß diese Politik nicht richtig gewesen ist.“

o Gräfe: „Wir wissen sehr wohl, daß unser unglückliches Volk an dem Wiederaufbau dessen, was der Krieg haben

Volk. Das deutsche Volk, einzig in seinen Dasein und vom dem Willen befreit, ein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern, dem Frieden zu dienen und den gesetzmäßigen Fortschritt zu fördern.“ Wie es am Ausgang der Verhandlung von Weimar heißt, das Volk, von dessen bewußtem Willen die Staatsgewalt ausgeht. Republik, das heißt ein unabhängiges Volk, das sich würdig erweisen hat seine Geschichte selbst zu bestimmen. Diese Würdigkeit ist wahrlich nicht erst 1918 erworben worden durch die Leute, die heute an der Spitze stehen. Die Reichsverträge von 1813 und 1911, die nicht für Ruhm und Ehre eines Monarchen, sondern für die Rettung ihrer Heimat nötig Blut und Leben geopfert haben; das sind die Männer, auf die wir uns berufen, wenn wir unser Volk ein unabhängiges nennen.

Ehre und Leben des Volkes zu erhalten suchen, das ist republikanische Politik. Dielem Ziele, dieser Politik ist das Zentrum durch alle Stürme der letzten Jahre hindurch treu geblieben. Viele der neuen sozialistischen Parteien, die bei der Auflösung des Reichstages wie Pilze nach warmem Regen aus dem Boden schossen, führen das Wort Republik gar häufig in ihrem Munde. In der Tat aber bringen sie nichts fertig, als die Kraft der republikanischen Regierung, des Reichstages, in immer kleinere Gruppen zu zerlegen. Je weniger arbeitssfähig aber das Parlament wird, desto weniger Liebe wird im Volke der neue Staatsform finden, desto lauter der Ruf nach dem Diktator erschallen. Republikanische Organisation kann man am 4. Mai nur auf eine Art erweisen: indem man seine Stimme einer der großen Parteien gibt, die ihrer Tradition nach fähig und gewillt sind, eine arbeitssfähige Regierung bilden zu helfen. Für einen christlich fühlenden, demokratisch denkenden Deutschen gibt es nur eine solche Partei: das Zentrum. In der Politik dieser Partei ist nationaler Egoismus und lokale Begünstigung vereinigt; erhaben über die Wähler kämpft sie unentwegt für die Sache.

„Das Wort sie sollen lassen lahn!“ So hingen die recht- sühnen Republikaner mit ihrem Munde. Wie aber wissen, daß die Feinde der deutschen Republik jenseits des Rheines stehen. Wir wissen, daß über alles Geschrei der anderen hinweg unsere Taten Geltung behalten werden. Und wenn wir schon in Sprachlein herjagen müssen, dann wählen wir einen anderen Voss des eben genannten schönen Vebes unserer protestantischen Volksgenossen, in dem aller Mut zur Freiheit aufklimmt und alles Wissen, daß dies Erdendleben nur Vorstufe ist eines anderen Lebens:

„Das Reich muß und doch bleiben!“

und drüben zerstört hat, unter den schwersten Opfern mitzuarbeiten haben wird, und wir er- zühen uns dieser Verpflichtung im Rahmen der Leistungs- fähigkeit und -möglichkeit des deutschen Volkes nicht.

Bezüglich der Unterzeichnung unter den Friedens- verträgen möchten wir der Redaktion der Mitteldeutschen em- pfehlen, die Alten über die Verhandlungen der Parteien an jenen deutschwürdigen 23. Juni 1919 zu hinführen. Die deutschnationalen, die Volksparteiler und Demokraten haben damals das Zentrum feilschig geüben, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, sonst entständen die gefährlichsten Verzweiflungen; sie haben ferner den- ken, die sich zur Friedensunterzeichnung bereit fanden, von denen herein den nationalen Bewegungsdemokratie.

Es ist demnach ein hartes Stück von der Redaktion, diesen Kommentar zu schreiben. Aber der Zweck ist zu durchsichtig, als daß ein denkender Wähler darauf hineinfällt. Auch die zahlre- ichen deutschnationalen und deutschbolschewischen Mitglieder der Ver- sammlung haben gegen Hoesels Ausführungen nichts einzuwenden vorbracht, sind also mit und derselben Meinung. Vielleicht be- deutet demnach die Redaktion der Mitteldeutschen persönlich auf eine unserer Versammlungen, um sich aufzuführen zu lassen.

## Tagestrennigkeiten

+ Ein englischer Dampfer in Brand geraten. Der britische Handelsdampfer „City of Singapore“ ist am Sonntag- abend im Hafen von Adelaide in Brand geraten. Die Feuerwehr war mit dem Löschen beschäftigt, als plötzlich zwei furchtbare Explosions erschollen, durch die drei Personen getötet und 41 schwer verletzt wurden. Zahlreiche andere Personen erlitten leichte Verletzungen.

+ Unterbrechung im englischen Verkehr. Der franzö- sische Flug nach Tokio erricht in London großes Aufsehen und ein Gefäß von Reich, da die englischen Flieger vom Witterung be- zogen werden. Sie mußten in Karafat in Folge eines Motor- schadens niedergehen und werden alle Wahrscheinlichkeit nach bis zum Eintreffen eines Motors 14 Tage liegen bleiben müssen.

+ Der Afrika-Macao-Flug. Die portugiesischen Militär- flieger, die den Flug Afrika-Macao übernahmen, sind in Bag- dad angekommen und haben bereits 6000 Kilometer zurückgelegt.

+ Quer durch Berlin. Bei dem geheimen internationalen Straßenzug quer durch Berlin über 23 Kilometer genannt Scholz aus Breslau den Sieg. Bei dem Gehera siegte Sie- wert Reuhölln vor dem Altmeister Müller. Bei der ersten diesjährigen Radrennfahrt Berlin-Kottbus-Berlin siegte S. S. S. S. Berlin bei den Berufsfahrern. Zug bei den Ama- teuren.

ruthenischen Bischof von Pjemschl, Josephat Melonowski. In zwei großen Feldversammlungen der Marianischen Kongregationen am Mittwoch, sprechen Bischof v. Koppler von Kottbus und Bischof Dr. Christian Schreiber von Weissen. Am Abend des 29. April werden Höhenkreuz am Ring angezündet und am Donnerstag, den 1. Mai, früh beim Konsistorsamt des päpstlichen Kardinallegaten wird Kardinal Faulhaber, München, die Zehnreden gehalten.

Die Verehrung der Maria Immaculata hat in diesem nun- mehr vollendeten Werke des hochwürdigsten Bischofs Nudi- gler eine erhöhte Verkörperung gefunden. Der Linzer Mariä- Empfangnis-Dom wird für alle Zeiten dafür sein, daß der christ- liche Glaube auch im 19. und 20. Jahrhundert noch seine un- wackelbare Säule treibt. Die oberösterreichische Kunst ist in einem neuen Höhepunkt christlichen Lebens um eine herrliche Stätte der Marienverehrung. Mit Nudi- gler Kraft müssen wir erneut bekennen: Es ist nichts vernünftiger, als die überhöhen- gläubige Marienverehrung, wie sie sich in konsequenter Konsequenz aus dem Maguffat in allen Jahrhunderten der Kirche zu einem einzig dastehenden Kulturfaktor entwickelt hat. Nichts ist tief- sinniger, als diese der Gottesmutter von der Kirche anerwiesene ruhmvolle Vermittlerstellung, und nichts ist barbarescher und unchristlicher, als die so fatalistisch verführte Entwertung des höchsten weiblichen Ideals von ihrer kulturell-sittlich und welt- geschichtlich so wichtigen Stellung. Die Märtyrerin des Marien- ideals ist eine physische Welterlebung der Tatkraftigkeit aller Weltgeschichte. Die Mutter des Ostlandes, die sich selber, dem Evangelium gemäß in höchster Aspiration das von allen folgen- den Generationen ihr nachfolgende Mannifat lang, sie, die erfolgreich um das erste Wunder der Weinverehrung bat, sie, die unter dem Kreuz bei ihrem Sohne aufhorchte, da sie seiner Auferstehung gewiß sein konnte, sie, die Vermittlerin der Erlösung, sie ist aus der vollen Mai, die Hund, die Gnade Gottes, verkörpert in vollen Menschensein! — Märe der Linzer Mariendom die Verehrung der Immaculata nicht nur im oberösterreichischen, sondern im ganzen katholischen Volk immer lebendiger mache, und möge er eine gute Vorbildung sein für das frisch auf- blühende christliche Leben in deutschen Ländern. M. D.

zurückging, der vielmehr auch in ehelicher Singabund und Selbst- losigkeit die fortwährenden Arbeiten des Baues verfolgte und begleitete. Nach Vollendung des Presbyteriums nahm man den Turmbau an, der bis 1901 währte, worauf mit dem Lang- und Querschiff in den Jahren von 1902 bis 1924 der Bau in seinen Hauptphasen vollendet wurde. Der Weltkrieg vermachte den nahezu vollendeten Bau nicht mehr aufzuhalten, so daß man heute als Vollenden des großen Werkes zur feierlichen Ein- weihung einladen konnte, einem Ruf, dem eine große Zahl geistlicher Würdenträger, darunter mehrere Kardinals und zahlreiche Bischöfe gefolgt sind.

„Es würde, was den Kostenpunkt anbelangt, gefagt, der Bau sei auf sechs bis sieben Millionen präliminiert. Auf gar- nisch ist er präliminiert und ich gestatte nicht, daß ein Prälimi- nare gemacht werde. Wir fangen an und fangen nicht leicht- fertig an; wir fangen an, nachdem wir bereits einen schönen Fonds da haben, und bauen fort und fort und bauen aus den Inter- essen dieses Fonds und aus den Beiträgen, die da jährlich kommen, und bauen mit Gottes Gnade so lange, bis ausgebaut ist.“ So hat Bischof Nudi- gler im Landhaus erklärt: Ist will den Kostenpunkt nicht wissen. Wir bauen für die heilige Mutter Gottes, die wird schon fragen, machen sie nur alles auf beste“, so äußerte der Bischof Linzens G. t. a. b. gegenüber; und von diesem Geiste ist der ganze Dombau getragen worden, von dieser Einstel- lung legt auch das vollendete Gotteshaus in allen seinen Teilen bereites Zeugnis ab. Der Dom ist im Stile der Hochgotik gehalten, frei von den überladenen Hervortreibungen der sogenannten Spägotik, einfach, majestätisch und zur Andacht stimmend. Seine äußere Länge beträgt 120 Meter, die Breite im Querschiff 60 Meter, im Langschiff 27,5 Meter. Der Turm erhebt sich gegen 135 Meter über die schöne Donauufer.

Wie die großen Dammwerke hat man die feierlich- keiten gefaltet, die in diesen Tagen die Weisheit des Domes bringen. Die eigentliche Konsekration fand am Dienstag, den 29. April in Anwesenheit des päpstlichen Kardinallegaten Andreas Frühwirth statt. Ausgesprochen sind die Festtage durch ein armenisches Pontifikat am Dienstag und durch ein griechisches am Mittwoch, letzteres gehalten vom griechisch-ruthenischen Bischof von Kreus bei Karam Dyonisios Njardy und vom griechisch-



# Die einzige wirklich soziale

Die Lösung der sozialen Frage ist unabhängig von der Gesundung der Wirtschaft und der Finanzen. Arm, bitterarm ist heute das gesamte deutsche Volk!

Jetzt zuerst folgende Zahlen!

Besser als Worte beweisen Zahlen die Verarmung unseres Volkes. Im Jahre 1913 betragen die Einnahmen des deutschen Volkes 37,5 Milliarden Mark, für 1924 werden sie auf 22 Milliarden geschätzt. Die steuerliche Belastung betrug 1913: 10,9 Prozent des Einkommens, 1924 hingegen fast das Dreifache, nämlich 27,7 Prozent.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches hat sich um zehn Prozent vermindert, die Anbaufläche für Brot, Getreide und Kartoffeln um 17 Prozent.

An Reparationsleistungen sind vom deutschen Volke 50 Milliarden Goldmark geopfert. Das in Jahrzehnten mühsam angehäufte Sparkapital des deutschen Volkes ist durch die Inflation auf ein Nichts zusammengeschrumpft. Das in Sach-

werten bestehende Vermögen des deutschen Volkes ist von 300 Milliarden auf 150 gemindert worden.

Der Besitz ist seit August 1923 aufs härteste für Steuern herangezogen. Die sehr statischen Steuern: Abgabe, Betriebsabgabe und Landabgabe mußten nach dem Tageskurs bezahlt werden.

Seit Einführung der Goldmarkrechnung verteilen sich die Steuern folgendermaßen:

- Besitzsteuern: 52 Prozent des Steuerfolls;
- Lohnabgabe: 14 Prozent des Steuerfolls;
- Verbrauchssteuern: 28 Prozent des Steuerfolls;
- Genußmittelsteuern: 6 Prozent des Steuerfolls.

Rechnet man dazu noch die von Seiten der Länder und Gemeinden erhobenen Grundbesitz- und Gewerbesteuern, so ist der Besitz mit 60 Prozent belastet. Wir haben mit 29 Millionen Menschen in Deutschland zu rechnen, die verdienen. Von diesen Zahlen:

- 2,7 Millionen Menschen keine Steuer;
- 19,8 Millionen Menschen sind Lohn- u. Gehaltsempfänger;
- 6,3 Millionen Menschen Besitzsteuer.

Wenn also drei Fünftel der gesamten Steuern durch Besitzsteuern aufgebracht werden, so ist offenkundig, daß der Besitz sehr kräftig zur Steuer herangezogen ist.

Die Landwirtschaft ist steuerlich mit 2 Prozent ihres Vermögens, das zudem im meistenten nach dem aus der Friedenszeit stammenden Wehrbeitrag errechnet ist, belastet. Wenn man

bedenkt, daß man im Frieden mit höchstens 4prozentigem Reinertrag der Landwirtschaft rechnete, so bedeuten 2 Prozent Steuer eine starke Belastung.

Die Industrie ist sogar mit 4-5 Prozent des Kapitals steuerlich belastet. Was geht aus diesen Zahlen hervor?

1. Daß Deutschland tatsächlich verarmt ist.
2. Daß die Steuerlast sehr kräftig angezogen ist. Und doch war diese starke Steuerbelastung notwendig, um den Haushaltsplan zu bilanzieren und die deutsche Währung zu stabilisieren.

Nur wenn das deutsche Volk vom Opfergeist befeuert ist, wenn alle sich auf das Notwendigste beschränken, wenn alle sich zusammenschließen zu einer Not- und Schicksalsgemeinschaft, wenn die Selbstsucht zurücktritt hinter das Allgemeinwohl, ist Aussicht vorhanden, daß wir allmählich aus der Tiefe zur Höhe gehen.

Aus diesen Zahlen geht aber auch hervor, daß die marktfeindlichen Versprechungen der radikalen Parteien unerfüllbar sind.

Der Weg der Gewalt führt nur noch tiefer in den Sumpf. Im November 1922 vor dem Ruhrbruch stand der Dollar auf 1200 Mark, ein Jahr später, im November 1923, stand der Dollar auf 4 200 000 000 000 Mark. Das sollte für den künftigen Thebaner genug bedeuten.

## Arbeitnehmer und Angestellte!

Die soziale Frage war von jeher eine der brennendsten; heute im Zeichen der Not und der bittersten Armut steht sie im Vordergrund. Kein Wunder, daß sich im Wahlkampfe alle möglichen Parteien ein soziales Mantelchen umhängen und um eure Stimme werben.

Von welchen Parteien ist eine wirkliche und gerechte Lösung zu erwarten?

**Von den Kommunisten?** Ihre Arbeit im alten Reichstag war infolge wiederholten Fernbleibens von den Ausschüssen, infolge ihrer Obstruktions- und Verneinungspolitik durch und durch unfruchtbar. Ihr Weg führte in neue Not, neues Elend, neues Blutvergießen, in neuen Zerfall der Wirtschaft.

Darum los vom Kommunismus, los vom Wortradikalismus!

**Von den Sozialisten?** Die Vereinigung der Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen war ein bedauerlicher Rückschritt zum Radikalismus. Durch sie ist der Einfluß der wertvollen Bevölkerung im nationalen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben untergraben und die politische und wirtschaftliche Reaktion ausgelöst worden.

Darum los vom Sozialismus! Los vom Marxismus!

**Von den Demokraten und den Volksparteilern?** Sie haben auf sozialem Gebiete keine einheitliche Idee. Den wenigen sozialpolitisch eingestellten Abgeordneten dieser Parteien stehen mächtige Interessentengruppen gegenüber. Von dieser Seite habt ihr nicht viel Gutes zu erwarten!

**Von den Deutschnationalen?** Sie waren die unzuverlässigste Partei. Ihre Fraktion ließ die ihr angehörenden Arbeitervertreter, wie diese selbst wiederholt klagten, im Plenum bei der Abstimmung im Stich. Sie hat sich, wie vor 40 Jahren ihre Großmutter, die konservative Partei, als ein starker Hemmschuh auf sozialem Gebiete erwiesen. Durch ihre Opposition und ihr unsoziales Verhalten wurde das Zentrum gezwungen, die Sozialgesetzgebung mit dem gemäßigten Flügel der Sozialisten zu machen.

Wählt nicht deutschnational!

**Von den Völkischen?** Die Dreimännerfraktion war die Fraktion des großen Mundwerks und der mangelnden Taten. Die Völkischen reizen die konfessionelle Klüftung auf; ihr Ziel ist die diktatorische Gewalt. Die Arbeitnehmerschaft kommt bei diesem Regiment unter die Räder.

Los vom deutschvölkischen Wortkraftmeierium!

**Von den Nationalsozialisten?** Das „Sozialistische“ ist nur ein Aushängeschild. Der Hitlerprophet hat doch zur Genüge gezeigt, daß ihren Führern soziale Gedankengänge fremd sind. Das „Nationale“ bei dieser Bewegung bestand darin, daß sie gegen das eigene Volk die Waffen schmiedeten und unter dem Druck der Reichsverfassung die diktatorische Gewalt an sich reißen wollten. Bei einer solchen Einstellung bleibt kein Raum für eine sachlich und solid aufgebaute Sozialpolitik.

Los vom Nationalsozialismus!

**Von den neuen Arbeiter- und Mittelstandsparteien?** Sie sind das Werk ehrgeiziger Führer und politischer Streber und untergraben die politische, gewerkschaftliche und wirtschaftliche Macht der Arbeitnehmerschaft. Zur Fraktionsbildung sind 20 Abgeordnete notwendig; kleinere Gruppen können keine Vertreter in die Ausschüsse entsenden, wo die Hauptarbeit geleistet wird, sind also politisch kalt gestellt.

Darum los von der politischen Zersplitterung!

Die sozialen Interessen waren am besten beim Zentrum seit seiner Gründung aufgehoben. Schritt für Schritt mußten dem Wirtschaftsliberalismus die sozialen Gesetze abgerungen werden. Naturgemäß war es unter dem Wahnsinnregiment der Inflation nicht immer möglich, daß die sozialen Einrichtungen vollaus leistungsfähig waren. Was heute beschlossen wurde, war morgen schon wieder durch die Inflation über den Haufen geworfen. Durch die Stabilisierung der Währung aber, die von allen Volksschichten größte Opfer verlangt, ist erreicht worden, daß Arbeitnehmer und Angestellte vor der bittersten Not bewahrt bleiben.

Die Krankenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherung sind gerettet. (Gesetz über Änderung der Reichsversicherungsordnung, Gesetz für Wochenhilfe und Wochenfürsorge, Gesetz zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen.)

Die Fürsorgepflicht für soziale Rentner geht auf die Länder und Gemeinden über. Für die Uebergangszeit stellte das Reich einen Betrag von 5 Millionen Goldmark zur Verfügung.

## Zentrum und Beamte

Es ist eine faulstichige Lüge, wenn von gewissen Parteien im Wahlkampf dem Zentrum vorgeworfen wird, es habe die Interessen der Beamten nicht genügend vertreten.

Beamte! Vergewahrt euch folgende Zahlen:

In Weimar zählte die Zentrumsfraktion mit der Sozialistischen Volkspartei 91 Mandate von 421, also 22 Prozent.

Im verflochtenen Reichstag zählte das Zentrum nach Abzählung der Sozialistischen Volkspartei 66 Mandate von 459, also 14 Prozent. Unter diesen 66 waren 15 Abgeordnete aus dem Beamtenstande.

Die Mittelparteien, auf denen Arbeitslast und Verantwortung ruhte, zählten 155 von 459, also 34 Prozent. Alle anderen Parteien machten in unfruchtbarer Opposition.

Das Zentrum, das gegenüber dem gesamten Reichstag einen kleinen Teil ausmachte und doch innerhalb seiner Fraktion 23 Prozent Beamte aufwies, hat eine Fülle von Anträgen und Erfolgen zugunsten der Beamten zu verzeichnen. Dem Beamten, der sich einigermassen um die Beamtenpolitik des Zentrums gekümmert hat, ist diese Tatsache völlig klar. Zur Aufrechterhaltung des Gedächtnisses greifen wir nur einige Verdienste heraus.

Das Zentrum hat das Berufsbeamtenum in der Reichsverfassung fest verankert (§ 127-130).

Das Zentrum hat von 1904 an sich erfolgreich um die Gestaltung der Beamtenbefolgung nach sozialen Gesichtspunkten (Kinder- und Frauenzulage) bemüht.

Das Zentrum hat 16 Jahre kämpfen müssen, bis die Aufstellung durchdrang, daß für die Eingruppierung in Gehaltsstufen maßgebend seien:

- Schulwissenschaftliche Vorbildung,
- fachwissenschaftliche Ausbildung,
- Dienstleistung mit Verantwortung und Gefahr,
- Aufstiegsmöglichkeiten.

Das Zentrum setzte durch, daß die mittleren Postbeamten als vollgültige Beamte in Gruppe 7 mit Aufsteigungsmöglichkeiten in höhere Gruppen einestufen werden.

Dadurch wurde für Postbeamten der Gruppe 2-5 der Aufstieg in Gruppe 6 möglich.

Das Zentrum setzte durch, daß die Gemeinden verpflichtet werden, die Befolgung ihrer Beamten und Lehrer so zu regeln, daß sie grundfänglich mit der Landesbefolgungsordnung übereinstimmen.

Das Zentrum hat für Wirtschaftsbeihilfen, Teuerungszuschüsse, Sonderzuschläge, gleiche Schulkosten erfolgreich gearbeitet und gekämpft.

Die Beamtenvertreter im Zentrum haben in 6 Monaten 20 000 Eingaben von Beamtenverbänden, Städten und Gemeinden bez. der Einordnung in die Ortsklassen bearbeitet und vertreten.

Das Zentrum ist besonders warm für die ausgemieteten Beamten eingetreten. Die Personalabbauregung hat begreiflicherweise in der Beamtenenschaft Unruhe, Erregung und Retrofinität hervorgerufen.

Aber man bedenke,

1. in dem 10 mal kleineren Oesterreich sind auf Befehl der Entente ebensoviel Beamte abgebaut wie in Deutschland
2. bereits 1921/22 forderte das Zentrum energisch den Abbau oder die Zusammenlegung von Ministerien und Reichsvereinstellungen.

Säßen andere Fraktionen diese Bestrebungen genügend unterstützt, hätten andere Fraktionen ebenso Verantwortung und Arbeitslast getragen wie das Zentrum, dann wäre weder Ermächtigungsgesetz noch Personalabbau notwendig gewesen. Nachdem aber aus der bittersten Not heraus die Personalabbauverordnung notwendig geworden war, hat die ganze Zentrumsfraktion sich erfolgreich bemüht, der Verordnung untragbare Härten und die längere Lebensdauer zu nehmen. Zur Ueberwindung der Ausführung der Verordnung bestellte die Fraktion einen besonderen viergliedrigen Ausschuß (Alkotte, Blum, Schulte, Teusch).

Die Zentrumsfraktion hat kurz vor der Auflösung des

# alle Berufsklassen umfassende, auf

# christl. Solidarität aufgebaute Volkspartei

**Im Kleinrentnergesetz war die Zentrumspartei führend; es verpflichtet die Gemeinden zur Gewährung bestimmter Leistungen und zum planmäßigen Ausbau der Wohlfahrtspflege.**

Das Zentrum hat zahlreiche karitative, kommunale und sonstige Wohltätigkeitsanstalten und damit Tausende von Kindern und Greisen dadurch vor dem sicheren Untergang gerettet, daß auf seine dringenden Anträge hin diese Anstalten aus Reichsmitteln namhaft unterstützt wurden.

Das Zentrum hat im **Arbeitsnachweisgesetz**

- den Monopolcharakter der öffentlichen Arbeitsnachweise bekämpft,
- die Schematisierung verhindert,
- die Facharbeitsnachweise gerettet,
- die Freizügigkeit der Arbeitnehmer sichergestellt,
- die Zwangsbewirtschaftung seitens der öffentlichen Arbeitsnachweise abgelehnt.

Das Zentrum ist **grundsätzlich Anhänger des Achtstundentages**. Die Arbeitszeitfrage ist aber auch eine Frage der Steigerung der Gütererzeugung, der Verbilligung der Produktion, der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft, der Erhöhung der Kaufkraft des Reallohnes. Als noch keine Wahlen in Sicht waren, hat auch die Sozialdemokratie der Arbeitsordnung grundsätzlich zugestimmt. Wir halten die Arbeitnehmerschaft für zu vernünftig, als daß sie nicht einsehe, daß unter der furchtbaren feindlichen Bedrückung eine Verlängerung der Arbeitszeit lebensnotwendig ist.

Im Ausland steht der Feind der deutschen Arbeiterschaft, er ist es, der uns zwingt, mehr zu arbeiten.

Darum ist die Lösung der sozialen Frage in erster Linie abhängig von der Außenpolitik! Arbeiter und Angestellte werden, wie alle Berufsklassen, gezwungen, den Vorrang der Politik vor der Wirtschaft anzuerkennen.

**Darum wählt keine Oppositionsparteien! Wählt keine unpolitischen Parteien!**

**Wählt die Partei der ruhigen Entwicklung, des sozialen Ausgleichs, der verantwortungsvollen Tat!**

## Das ist die Zentrumspartei!

Reichstages beim Kabinett darauf hingewiesen, daß die Abbauverordnung alsbald aufgehoben werden müsse.

Beamt! Gerade ihr seid mit dem Staate auf Gedeih und Verderb verbunden. Darum kann es gerade euch nicht gleichgültig sein, wie künftig in Deutschland regiert wird.

Können Unruhen, Obstruktion, Opposition euch nützen? Können andere Parteien ihre marktschreierischen Versprechungen erfüllen?

Nein!

Nur die ruhige Entwicklung in der Politik, nur die Festigung unserer Währung und unserer Wirtschaft läßt Hoffnung Raum, daß eure berechtigten Ansprüche auf eine gerechte Befolgung verwirklicht werden können. Stärkt die Partei der Vernunft, der Gerechtigkeit, der Arbeit, der Verantwortung! Und das ist, wie die Vergangenheit klar beweist, nur

**das Zentrum!**

## Zentrum und Mittelstand

Keine andere Wirtschaftsgruppe hat aus dem Ruhrkampf und der Inflation so schwere Wunden davongetragen wie der gewerbliche Mittelstand. Es ist daher begreiflich, daß er sehr entschlossen ist, sich die zum großen Teil verlorene Geltung in Wirtschaft und Politik zurückzuerobieren.

Es fehlt nicht an Bestrebungen, durch berufständliche Vertretungen im Parlamente die Interessen des Mittelstandes zu wahren. Diese Bestrebungen müssen selbst vom berufständlichen Interesse aus als verfehlt bezeichnet werden. Im Preussischen Landtage sahen z. B. ganze 4 Abgeordnete der Deutschen Wirtschaftspartei; ihr Einfluß ist gleich Null. In Mecklenburg fiel die Wirtschaftspartei mit 4800 Stimmen ohne Mandat unter den Tisch; dadurch wurde außerdem das Bürgertum um ein Mandat geschwächt. Es ist auch zu bedenken, daß die Reichswahlvorschriften der parteilosen Wirtschaftsgruppe und des Deutschen Mittelstandsbundes für die Wahl am 4. Mai vom Reichswahlamt nicht zugelassen, weil die Voraussetzungen nicht erfüllt sind; die Reststimmen dieser Parteien aus den einzelnen Wahlkreisen gehen also verloren.

Im eigenen Interesse des Mittelstandes wird es also liegen, einer der großen, zur Aufbauenden Staatsarbeit bereiten Parteien sich anzuschließen. Unter den Parteien, die mit größter Initiative für die Mittelständler eingetreten sind, marschiert unbedingte das Zentrum an der Spitze. Namen wie Graf von Galen, Trimborn, Hise bezeugen das für die Vergangenheit, Namen wie Eiser, Henmann, Lange, Heermann, Korthaus, von Gward, Hölle bestätigen es für die Gegenwart und Zukunft.

Aus den überaus zahlreichen Anträgen und Erfolgen, die die Zentrumspartei für den Mittelstand aufzuweisen hat, greifen wir nur einige wenige heraus:

Das Zentrum hat sich immer wieder zäh und entschlossen gegen die offene und verschleierte Sozialisierung der Mittel- und Kleinbetriebe gewehrt.

Das Zentrum hat energisch und unausgesetzt die Schädigung des Handwerks durch die Gefängnisarbeit bekämpft.

Das Zentrum hat es durchgesetzt, daß bei den großen Lieferungen für Post und Eisenbahn, für den Wiederaufbau und die Erfüllung des Friedensvertrages eine mögliche Berücksichtigung des Mittelstandes zugesichert wurde.

Das Zentrum hat mit Erfolg beantragt, daß in der Zeit der Inflation angemessene Abschlagszahlungen auf die laufenden Lieferungen von Seiten der Vergabungsstellen geleistet würden, daß Zahlungen aus öffentlichen Lieferungsverträgen verbindlich zu leisten seien, daß an Staat und Gemeinden schleunigt Zahlungen zu leisten seien, damit diese ihre Verpflichtungen dem Mittelstande gegenüber einlösen könnten.

Das Zentrum hat vom Beginn des Ruhrkampfes an sich erfolgreich um die Bereitstellung von Notstands-Krediten bemüht, in wiederholten Entschlüssen eine größere Verbreitung und Verbilligung der Rentenmarktschulden gefordert.

Das Zentrum hat beantragt, daß der Wiederbeschaffungspreis nebst den nachweisbaren Geschäftskosten als Grundlage für eine zulässige Preisgestaltung dienen solle; der Reichstag hat dieses Gesetz nicht verabschiedet.

Das Zentrum hat nach langem Drängen erreicht, daß am 2. November 1923 die Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen (Kartellverordnung) erlassen wurde.

(In Deutschland gibt es 5000 Kartelle und Syndikate; alle Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate unterliegen dem Kartellzwang).

Das Zentrum hat dafür gesorgt, daß der gewerbliche Mittelstand vom Reichsnotopfer fast frei blieb.

Das Zentrum hat die zahlreichen Versuche, die Woffensschaften ganz oder teilweise von der Umsatzsteuer und der preussischen Gewerbesteuer zu befreien, abgewehrt.

Das Zentrum hat es durchgesetzt, daß die Gewerbebetriebe im Umherziehen und der Wandertage angemessen besteuert würden.

Das Zentrum hat an der Stabilisierung der Mark hernorragend mitgearbeitet. Gemüß wurden diesbezüglich auch vom Mittelstand schwerste Opfer gefordert, aber: „Nieder ungeheures Opfer als eine neue Inflation“.

Das Zentrum hat es erreicht, daß die bewährten Arbeitsnachweise der Innungen und der Angestelltenverbände, ihre Einrichtungen für Berufsberatung und Lehrstellenermittlung weiter bestehen, daß die kleinen Betriebe vom Zwangsdruck der offenen Stellen ausgenommen wurden, daß die Verwaltung der öffentlichen Arbeitsnachweise auf paritätische Grundlage gestellt wurde.

Das Zentrum vertritt nachdrücklich, die Steuernotverordnung eingehend nachzuvorwürfen und die darin enthaltenen Härten zu beseitigen.

Wenn nicht alle Wünsche des Mittelstandes berücksichtigt werden könnten, so liegt das einmal an unserer trostlosen inneren und äußeren Lage, die zwangsläufig zur Zurückstellung an sich berechtigter Wünsche führt, zum andern an der Tatsache, daß das Zentrum durch die Opposition der nicht zur Regierungsbildung bereiten Parteien gezwungen wurde, die Gesetzgebung mit der Sozialdemokratie zu machen.

Eine Partei, wie die **Deutschnationale Volkspartei**, die bis heute noch nicht vorbehaltlos zur positiven Mitarbeit in der Regierung bereit war, konnte infolge ihrer Oppositionsstellung für Handwerk und Gewerbe wenig Praktisches leisten. Die Gesetzentwürfe werden von den Regierungsparteien vorgelegt, eine Oppositionspartei kann nur Änderungen anbringen. Durch ihre grundsätzliche Gegnerschaft zu den verschiedenen Regierungen nach dem Kriege haben die **Deutschnationalen die Politik nicht zugunsten der mittelständlichen Interessen beeinflussen können.**

Ueber die Stellung der **Deutschen Volkspartei** zum gewerblichen Mittelstand sagte der Abgeordnete Schmiedemeister Jaud in der Reichstagsdebatte vom 30. November 1920:

„Sie (zu der Deutschen Volkspartei) haben in Ihren Reihen die Leute, die es allein in der Hand hätten, Handwerk und Gewerbe; aus dieser schwierigen Situation zu retten. Aber hier lag ein sehr großer Widerstand. Wir sehen, wie Industrie und Großhandel eine gemeinsame Front bilden gegen Handwerk und Gewerbe.“

Und wer meint, daß Mittelstandsinteressen bei den **Deutschnationalen** gut aufgehoben seien, der studiere ihr Sozialisierungsprogramm etwas genauer, als es auf den Flugblättern steht!

Es bleibt dabei, die **Belange des Mittelstandes** waren und sind am besten aufgehoben beim

**Zentrum!**

## Zentrum und Landwirtschaft

Die Kriegszwangswirtschaft war die Fessel, welche die Leistung der Landwirtschaft zurückschraubte.

Die Sozialisten veruchten mit allen Mitteln, diese Zwangswirtschaft als eine dauernde Einrichtung aufrechtzuerhalten. Aber

Das Zentrum hat programmatisch den Abbau der Zwangswirtschaft betrieben und ihre Aufhebung durchgesetzt. Nach der Verfassung ist das Eigentum gewährleistet.

Die Sozialisten haben diesen Satz schwer umstritten, da sie das Recht auf „Sozialisierung“ von Grund und Boden festgelegt wissen wollten.

Das Zentrum hat dieses Eigentumsrecht mit seiner ganzen tatsächlichen Klugheit und Festigkeit in der Verfassung verankert, weil es zum deutlichen Familiensinn gehört, das Erbe der Väter der Familie zu erhalten.

Die Sozialisten wollten das Enteignungsrecht ohne Entschädigung festlegen. Aber

Das Zentrum hat erreicht, daß eine Enteignung nur gegen angemessene Entschädigung erfolgen darf. Eine Entschädigung nach dem vollen, dem gemeinen Werte konnte nicht durchgesetzt werden. — Die Steuerbelastung für die Landwirtschaft mußte nach einem verlorenen Kriege mit grausamen Kriegesbedingungen naturgemäß wachsen.

Das Zentrum ist aber gegen eine steuerliche Überbelastung der Landwirtschaft, wie für eine gerechte Veranlagung derselben ebenso nachdrücklich wie erfolgreich eingetreten. Der Zentrumserreter Herold hat mit aller Fähigkeit den Kampf um den Ertragwert als Grundlage der Steueranlagung der Landwirtschaft geführt.

Das Zentrum hat erreicht, daß die **Erbschaftsteuer** zwischen Ehegatten aufgehoben, die für die Kinder vermindert worden ist. Es hat in Reichstag und Landtag eine Fülle von Anträgen gestellt mit der Auswirkung, daß viele Härten in der Besteuerung der Landwirtschaft in Reich, Staat und Gemeinden vermieden oder vermindert wurden.

Das Zentrum hat bei der Frage der Enteignung der Moore und Oedländerden den Landwirten eine angemessene Zeit zur Selbstkultivierung erwirkt.

Das Zentrum hat die geplante **Forschlusssperre** verhindert, die Holz- und Forstjagd auf Ruhen des Zeitungsgewerbes wieder abeschafft.

Das Zentrum hat auch der landwirtschaftlichen Kreditfrage stets seine volle Aufmerksamkeit geschenkt.

Das Zentrum verlangt mit allem Nachdruck, daß die Landwirtschaft einen ausreichenden Anteil als Betriebskredit aus der Rentenbank und der Goldnotenbank zu erschwinglichen Zinsen erhält.

Das Zentrum als christliche Partei fordert: „Ein Rechtsstaat muß gegen Ausplünderung der Hypothekensalubiger einschreiten. Dies in vollstem Maße auf Treu und Glauben gesehen ist, darf nicht in wertlosem Papier zurückgegeben werden.“ (Kardinal Faulhaber). Der neue Reichstag muß daher die Aufwertungsfrage sowohl in Hinblick auf die Privat- als auch auf Staats-, Rinder- und Gemeindeforderungen einer erneuten Prüfung unterziehen.

Das Zentrum hält es für eine Lebensbedingung der Landwirtschaft, daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte in einem angemessenen Verhältnis zu den Erzeugungsmitteln stehen. Die Preise für Rohle, Düngemittel, Maschinen usw. sind zu unverhältnismäßig hoch.

Das Zentrum fordert ferner einen (auch für die Konsumenten ertragbaren) **Schutzoll** als Gegenwehrung für die Einfuhr, sowie die schleunigste Wiederanordnung der veterinärpolizeilichen und Fleischschau-Schutzmaßnahmen.

Das Zentrum fordert endlich eine christliche Kulturpolitik. Die gesamte Staats- und Wirtschaftspolitik muß auf der christlichen Grundlage aufgebaut werden. Die christliche Ehe ist bedroht durch Erleichterung der Ehescheidung. Das würde mit Sicherheit zur Zerrüttung der Familie und zur Entsohrerung Deutschlands führen. In der Frage der Konfessionschule gibt es für das Landvolk ebenso wenig Kompromisse wie für das Zentrum. Und wenn gerade im Landvolk die christliche Gesinnung am nächsten lebendig ist, dann muß das Landvolk ebenso entscheiden alle Parteien, die das Christentum bekämpfen, vermissen oder heidnisch kritisieren, ablehnen, und eintreten für die Partei, die allein den geradlinigen Weg des Christentums geht.

**das Zentrum!**

Das Zentrum hat gerade durch die vielfachmögliche Beteiligung an der Regierungsbildung den Stolz von links aufgefangen, und das ist nicht zuletzt der Landwirtschaft zugute gekommen. Während die Deutschnationalen in unfruchtbarer Opposition sahen, arbeitete die Zentrumsfraktion, die unter ihren 69 Abgeordneten 19 Landwirte zählt, zäh und unerschrocken an der Befundung des Bauernstandes.

Landwirte! Wenn ihre Parteien wählt, die auf Oppositionspolitik eingestellt sind, schädigt ihr euch selbst, weil ihr euch dadurch von der Mitarbeit ausschaltet! Wenn ihr euch politisch zerpfaltet, seid ihr zur wirtschaftlichen Ohnmacht verurteilt.

Wollt helfen ihr retten das Vaterland, Wollt stiften ihr Frieden in Stadt und Land, Wollt schützen ihr sauer erworbenes Gut, Wollt Christus ihr bleiben mit Seele und Blut, Dann gibt es nur eins — ich bleibe dabei —, Wählt 4. Mai die Zentrumspartei!

# war, ist und bleibt nur die Zentrumspartei!

**Dresden**

**Drei neue Raubüberfälle**

Dresden, 29. April. Am 19. April, gegen 2.30 Uhr nachts wurde eine in der Schreiber Straße wohnende Frau in der Bärggasse, Ecke Poststraße, von einem Unbekannten, der ihr gefolgt war, überfallen und beraubt. Die Überfallene erhielt von dem Unbekannten einen Schlag auf dem Kopf. Darauf entwich er ihre braune Lederne Handtasche und eine Marittasche aus grüngebläutem Tweedstoff. Die Handtasche enthält zehn Goldmark und einen Taschenspiegel, die Marittasche ein Paar graublaue Lederne Damenhandschuhe und ein weißes und blaues Karolentuch. Ferner wurde in der Nacht zum 27. April gegen 2.15 Uhr eine in der Frankfurterstraße wohnende Kontoristin in gleicher Weise überfallen und beraubt. Der unbekante Räuber erlangte hier eine Handtasche aus rotbraunem gemachten Zwerg, ein weißer sich drei weiße Taschentücher, das eine davon 5. gezeichnet, ein kleines schwarzlebernes Geldtäschchen mit etwa 2.50 Mark Bargeld, ein kleiner Taschenspiegel, ein Kamm, einige Toilettenartikel aus dem Namen Seilene Fischer lautet, eine gelbe Wollsocke des Vereins Volkswohl, ein Haus- und Vorlaufschilder am Schlafesingang und ein weißes Wehrlein, eine Stimm darsellend, befanden. Ein weiterer Raubüberfall wurde in derselben Nacht gegen 1.30 Uhr auf ein älteres Fräulein Ecke Waagner und Pulsdorfer Straße verübt. Der Unbekante war dem Fräulein bis an die Haustür ihres Grundstücks gefolgt, dort veranlaßt er sie ebenfalls die Handtasche zu entreißen. Auf ihre Hilferufe ließ er von ihr ab und ergreift die Flucht. Die drei Raubüberfälle sind nach Art der Tarnführung und nach den abgewandten Personenbeschreibungen offenbar von einer und derselben Person ausgeführt worden. Der Täter wird wie folgt beschrieben: Etwa 25 Jahre alt, 165 Zentimeter groß, mittelgroß, kleiner dunkler Schnurbart, blaßes längliches Gesicht, kurz dunkler Haare, Knöchel, Gesichts- und Schirmmütze (vermutlich Kiefer Mütze).

Ein weiterer Raubüberfall. Eine Arbeiterin gab am Freitagabend am Viktorwäldchen am Fiedlerplatz durch einen Unbekannten überfallen und ihres Handtäschchens, das gesammelte Kirchgemeindegelder enthielt, beraubt worden zu sein. Nach längerem Verlangen hat die „Überfallene“ jetzt eingesehen, daß der Raubüberfall von ihr fingiert sei. Sie hatte die fraglichen Kirchengeräte schon vor den Osterfesttagen eingesammelt und ist nicht mehr im Besitze derselben. Sie behauptet jetzt, sie habe sie verloren. Weil nun diese Gelder ersetzt werden müssen, so hat sie ihrem Vater gegenüber, der für den Schaden möglicherweise verantwortlich gemacht wird, den Überfall erzählt. Der Vater hat daraufhin die Anzeige erstattet.

Die Besätze zur Gewerkschaftsbesorgung werden durch einen Beschluß des Verwaltungsausschusses des Landesausschusses für Arbeitsvermittlung vom Montag, den 5. Mai, ab auf 2 v. S. des Grundlohns herabgesetzt.

Gedenktag und Wiedersehensfeier des 100. Todestages des Königs. Die im Vorjahre, so rufft auch jetzt die Kameradschaftsvereinigung alle Kameraden zum Gedenktag für die Gefallenen des Reichens zur Feier an dem für diese geschaffenen Ehrenmale auf dem Garnisonfriedhofe in Dresden für den 31. Mai bis 2. Juni 1924 zusammen. Die Leitung der Feier liegt in bewährten Händen, so daß insbesondere den außerhalb wohnenden Kameraden die Tote eine Hülle von Abwechslung und Freude bieten werden. Für Unterkunft wird gesorgt. Anmeldungen und Auskünfte durch Kamerad Rehnert, Seidenau-Road Kohlföhrenstraße 13.

**Leipzig**

Kraftwagenunfall. Sonntag nachmittags kurz vor 3 Uhr rück der Kraftwagen eines Leipziger Industriellen beim Ausweichen vor einem Kadabra so heftig gegen einen Baum, daß er vollkommen zertrümmert wurde. Ein vierjähriges mitführendes Kind, sowie der Chauffeur, ein Fleischwechsellagerer erlitten so schwere Verletzungen, daß sie sofort einem Krankenhaus überführt werden mußten. Die übrigen Insassen, sowie der Kraftwagenführer wurden durch Gasplätter leicht verletzt.

Entnahme von Unrechtem Gekend. Die hiesige Kriminalpolizei veranstaltete in Gemeinschaft mit der Grünen Polizei am Freitag im Seeburg-Viertel eine Raazzia. In einem dortigen Lokal wurden 60 Personen vorläufig festgenommen und in Postautos nach dem Polizeipräsidium gebracht, wo ihre Papiere geprüft wurden. Unter den Verhafteten befanden sich vor allem viele weibliche Personen.

Das Auto im Schaufenster. Am Gelmmanischen Steinweg fuhr am Sonntag früh eine Kraftdroschke mit voller Wucht gegen das Schaufenster einer Schokoladenhandlung. Zum Glück wurden Personen nicht verletzt, wohl aber wurde schwerer Sachschaden angerichtet. Der Autofahrer soll übermüdet gewesen sein und die Herrschaft über das Gefährt verloren haben.

Das Leipziger Konfessionarium in Not. Das Leipziger Konfessionarium hat sich entschlossen, hauptsächlich, um seine wirtschaftliche Not zu bekämpfen, zur kommenden Herbstmesse seine Räume zu vermieten. Sie werden der Musikinstrumenten-Industrie und dem Musikverlag zur Verfügung gestellt.

**Theater und Musik**

**Der arme Konrad**

**Erstaufführung des Dresdner Schauspielhauses.**

Von Friedrich Wolf heben wir in Dresden nur ein expressionistisches Stück: „Das bist du!“. Es war trotz mancher Schönheit dazu bestimmt, alsbald wieder in Vergessenheit zu verfallen. Inhalt und Form weichen stark voneinander ab. Diesmal kommt der Dichter mit einem historischen Stoff aus der Zeit der Bauernkriege. „Der arme Konrad“ ist zum Namen für die württembergische Aufstandsorganisation geworden, deren geistiges Haupt Konrad ist. Unter dem Schutze des alttraditionellen Massenpiels kommen die Bauern zusammen, um zu planen, wie sie sich ihrer Not entledigen. Der Bogt verbrüht das Spiel. Noch gibt Konrad nichts verloren. Der Herzog soll selbst sehen. Aber der berüchtigte Ulrich will nicht. Weiber, Turner, brutales Spiel mit seiner Männlichkeit (er zerstückt sich vor den Bauern den Arm, um zu zeigen, wie ein Kerl er ist) und grobe, unüberlegte Herrschucht geben seinem Leben einen höchst bedenklichen Inhalt. Auch Ritter Thum, der Jugendfreund, kann den Herzog nicht bewegen, ehe er zu pakieren mit den Bauern. Er bricht sein Wort. Erst der Tod des aufrechten Konrad, den der brutale Tyrann aufs Rad schiebt und selbst erschützt, stimmt ihn männlich-edler. So in großen Zügen der Inhalt.

Es ist ein Problem von Urgelten her: Die Brücke zwischen Herrenrecht und Knechtsleben. Immer wird das ein Problem bleiben. Weil beide Teile nie die Grenzen einsehen werden, innerhalb deren sie gleiche Menschen sind. Deshalb wäre es interessant gewesen, wenn der Dichter versucht haben würde, zu zeigen, welche Wege er in seinem speziellen Fall für gangbar hielt. Er schildert die schreckliche Not der Bauern, er schildert aber ebenso ihre Unfähigkeit, Erfolge auszunutzen, wenn das Ziel nahe ist. Er schildert das fast zu breit und in den ersten drei Expositionen auch nicht gerade kurzweilig. Dann aber überpannt er die Schilderung in der Gegenüberstellung des Konrad mit dem Herzog. Nun spürt man alles und weiß doch nichts. Die Exposition, das spürt man, sollte unähnlich, so fast ängstlich die notwendige Tragik begründen. Die

**Die 50-Jahrfeier des Dresdner Gymnasiums**

Dresden, 29. April. Die Jubelfeier des hiesigen Staatsgymnasiums nahm mit einer Schulfeier in der Aula am vergangenen Sonntag nachmittags 1/2 Uhr ihren Anfang. Rektor Dr. Seyden begrüßte die zahlreich erschienenen alten Schüler und er wies u. a. auf die glückliche bestandene Probation des Gymnasiums im letzten Herbst hin. Im Anschluß daran fand vor dem Ehrenmal eine erhebende Gedächtnisfeier für die gefallenen 340 Schüler der Anstalt statt. Oberstudienrat Dr. Pfeiffer hielt die Gedächtnisrede und legte den Vorbertrag der Lehrerschaft nieder: „Wir werden für euch leben!“ Sanitätsrat Dr. Wenzel legte einen weiteren Kranz für die ehemaligen Schüler, und ein Oberprimaan den der aktiven Schüler nieder, während Gesangsbeiträge erste Feierstimmung verbreiteten. Der Abend brachte im dichtgefüllten Vereinsklubsaal den Festkommers, an dem u. a. Prinz Friedrich Christian teilnahm. Sanitätsrat Dr. Hanel, eröfnete den Kommerz, Sanitätsrat Dr. Wenzel, als Vorsitzender der Festgebenden Vereinigung ehemaliger Schüler, hielt die Begrüßungsansprache. In zahlreichen erfrischen und beizenden Reden wurde das Staatsgymnasium von alten Schülern und Lehrern gefeiert. Die alte Schülerversammlung glänzte durch turnerische Vorführungen, und fehrliche Stimmung hielt die Festteilnehmer lange beisammen.

Am Sonntag vormittags 10 Uhr fand im Beisein des Kultusministers sowie zahlreicher Ehrengäste der

**Festakt im Neudorfer Schauspielhaus**

statt, der mit dem Halleluja von Hindel durch den Schloßerchor eröffnet wurde. In seiner Rede gab der Rektor Oberstudienrat Dr. Seyden zunächst einen Überblick über Gründung und Weitergang der Schule, die bislang etwa 5000 Schüler ausgebildet hat, um dann des näheren auf den Kampf einzugehen, der in den letzten Jahren um die höhere Schule, besonders das humanistische Gymnasium entbrannt sei. Neue pädagogische Aufgaben würden es erfordern, aber bei allen bevorstehenden Veränderungen werde das humanistische Gymnasium doch bestehen bleiben. Es sei kein Besteh für den Tag, sondern für das Leben.

**Aus Sachsen**

**Keine Umzüge am 1. Mai**

Die Verordnung des Reichspräsidenten über den Ausnahmestellung vom 28. Februar verbietet öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Da der Reichsminister des Innern Ausnahmen von diesem Verbot nicht zuläßt, so sind auch am 1. Mai derartige Versammlungen und Umzüge nicht gestattet.

Das sächsische Ministerium des Innern weist in einer amtlichen Bekanntmachung in der Staatszeitung auf diese Sachlage hin und teilt dabei mit, daß öffentliche Versammlungen in unferriedeten Räumen, auch wenn diese ohne Dach sind, erlaubt werden. Die Entscheidung des Ministeriums schließt sich den Verfügungen in den übrigen Staaten an.

**Der Zugverkehr am 1. Mai**

Da der 1. Mai in Sachsen als gesetzlicher Feiertag gilt, wird auch der Zugverkehr auf den Linien der Reichsbahndirektion Dresden wie an Sonntagen durchgeführt. Die Werktagszüge werden hierauf im allgemeinen nicht. Wo sich etwa die Abfassung einzelner Tageszüge durch besondere Berufsverhältnisse annehmungsweise erforderlich machen sollte, erfolgt dies durch Bekanntmachung auf den Stationen.

Kriminal. Ein rabiatler Untermieter. — Verteilungen.) Im Stadtteil Deuben war es zwischen einem Untermieter und seinem Vermieter zu wiederholt scharfem Wortwechsel gekommen. Am Freitag ging man zu Tatsachen über. Dabei biß der Untermieter seinem Gegner ein Ohrstücken ab, das vom Arzte wieder angenäht werden mußte. Schließlich mußte die Polizei eingreifen. Ein in Freital-Wirtheim wohnhafter Schlosser hatte sich in einem Arbeitsnachweise Nachweisformulare über vorübergehende Einschränkung oder Einstellung der Arbeitszeit zu verschaffen gemüht und diese mit dem Stempel hiesiger Firmen versehen. Er erlangte dadurch zum Schaden des sächsischen Arbeitsnachweises über 3000 Mark. Der Betrüger will das Geld durch Wetten auf dem Rennplatz verloren haben.

**Aus der Wahlbewegung**

Chemnitz. Die Frauen-Versammlung der Zentrumspartei am 25. April unter Leitung von Frau Gertrud Nißnes wies eine annähernd befriedigende Beteiligung auf. Auf Dr. Wingerath aus Köln sprach über die Wahl zum Reichstage — in jeder Hinsicht ausgezeichnet, anregend, die Gewissen schärfend. Wir hätten nur gewünscht, daß viel weitere Kreise ihre Ausführungen hätten hören können, namentlich was die Rednerin über die beiden unsrer deutschen Schwwestern und Vertreter in den besetzten Gebieten aus eigener Anschauung und Erfahrung zu berichten wußte. Sie zeigte auch, wie sich Fehler und Mängel unsrer Politik, ja selbst unvorsichtige Kenntnisse der Presse und derselben in der Vernehmung des Landes, der Schichten unsrer erbarmungslosen Feinde gegenüber unsrer armen

Die Rede, die mit einem Ausblick in die Zukunft schloß, wurde mit brausendem Beifall aufgenommen.

Alsdann überbrachte Volkshilfungsminister Dr. Kaiser dem Gymnasium die Glückwünsche der Regierung. Eingehend auf den Wert der humanistischen Bildung, wies der Minister darauf hin, daß wir vor einer Reform der höheren Schule ständen, und daß sich auch das humanistische Gymnasium den modernen Anforderungen nicht ganz werde verschließen können. Aber das humanistische Bildungsideal werde bestehen bleiben, es müsse sich nur so umstellen, daß die Persönlichkeit sich unter das Ganze, in den Dienst der Allgemeinheit stelle.

Die Größe der Stadt überbrachte Stadtrat Dr. Mattheß, weiter sprachen Direktor Willig, Dr. Keller als Vorsitzender des Sächsischen Philologenvereins, Rektor Dr. Albert namens der 18 humanistischen Gymnasien Sachsens, Oberstudienrat Dr. Wapner namens der sächsischen höheren Lehranstalten und Sanitätsrat Dr. Wenzel für die ehemaligen Schüler. Für die Elternschaft überreichte Generalmajor Böhrer eine Stiftung von 1500 Mark. Mit dem Tode des Rektors und dem Chor aus den Werberingen endete der Aktus. Nach einer Pause erfolgte die Aufführung der Tragödie von Wischnios „Agamemnon“ in der Uebersetzung von Dr. O. Engelhardt mit Musik von Max Schilling. Die Spielleitung führte in ausgeglichener Weise Studienrat Dr. Karl Piffel, die musikalische Leitung Oberlehrer Felix Köhler, Spieler waren Schüler der Oberklassen. Die jungen Leute leisteten wirklich Erstaunliches, besonders Klaus, Paul, als Agamemnon. Aber auch Hans Hermann Paul als Ardeimetta, Gottfried Reißig als Agamemnon, Friedrich Emmel als Hecuba und Wolfram Lorenz als Wächter taten voll ihre Schulpflicht. Die Aufnahme war eine außerordentlich freundliche. — Am Nachmittag hielten in der Aula ehemalige namhafte Schüler der Anstalt Vorträge unter dem Titel „50 Jahre Staatsgymnasium — ein deutscher Aufbau.“

Am Montag fand die Feier mit der Aufführung des Festspiels Max Julius Wittners und einem Festball im Gewerkehause ihren Abschluß.

Volksgenossen an Rhein und Ruhr auswirkten. Ein Wid des Jahres wurde da entrollt, doch auch gezeigt, daß nicht bössliche und nationalistische Geheer und Treiberei, sondern nur eine Politik der Besonnenheit, des Maßhaltens, der Würdigen Begegnung beugen und einen Aufschwung und eine glückliche Zukunft des armen niedergedrückten deutschen Volkes vorbereiten kann. Die Zuhörer nahmen das Gebotene mit schärfster Aufmerksamkeit aufmerksam und dankbar entgegen. Nach einer kurzen Ansprache wurde Aufführung gegeben über die Parafassung des Wahlsystems, über Einzelheiten, die dabei beachtet werden müssen.

Leutensdorf. Die Ortsgruppe der Zentrumspartei hielt am letzten Freitag eine öffentliche Wahlversammlung ab, die einen erfreulichen Besuch zu verzeichnen hatte. Fräulein Studienrat Franken, Köln, hielt ein ausgezeichnetes Referat über Zentrumspolitik, sachlich, klar, überzeugend. So hielt sie die Versammlung in ihrem Sinne. Generalsekretär Dr. Deseznitz, Dresden, gab dann Erörterungen in Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik. Sein erstes Aufstreben bei uns hat ihm verdiente Anerkennung eingebracht. Der Beifall, den beide Referenten fanden, war allgemein. (Die Ortsgruppen werden aufmerksam gemacht, sich bei Gelegenheit in der ansgereichen Rednerin zu erinnern.) In der Ausübung meldete sich der Kulturschlichter, Ehrhart und Redakteur Dr. Max Arendt, Berlin, der für die Wählischen, insbesondere für die Deutschsozialen sprach. Eine Anfrage, ob er in Zittau in einer demokratischen Versammlung die Zentrumspartei als vaterlandslos bezeichnet habe, verneinte er dahin, daß er nur die Worte des früheren Staatssekretärs Dernburg angelehnt habe, der ihn auch nicht beichtigt habe. In 1/2 Stunden entwickelte er das Programm der Wählischen und gab Ziele und Fortbewegungen dieser Partei, die außenpolitisch, wenn sie die Macht hätten, den Friedensvertrag nicht erfüllen würden. Die weitere Entscheidung wollten sie dem Volke überlassen. Dieses müsse in großzügiger Weise aufgehört werden, vor allem für den Kampf gegen die Schuldhänge. Daß die Zentrumspartei auf dem Boden des Christentums stehe, müsse auch ihr schärfster Gegner anerkennen. Natürlich sprach er scharf gegen die Juden. Die Wählischen bekämpfen die Zentrumspartei, weil sie auf dem Boden der Erfüllungspolitik steht. Wo er dann in die Enge gedrückt wurde, über das konkrete „Wie“ sich zu äußern, gestand er als Mittel den Krieg! Seine Ausführungen wurden abgelehnt mit aller Schärfe. Die Referentin, aus dem besetzten Gebiete kommend, hatte es leicht, die Wirksamkeit solcher Phrasen zu zeigen, die eben darauf hinauslaufen, Rhein und Ruhr abzutrennen. Das dürfe aber nicht Ziel der deutschen Politik sein. Gerech drohte der Wählische dem Generalsekretär mit einer gerichtlichen Klage, als dieser ihm die Neuerung des Nationalsozialistischen Döle entgegenstellte, der ausliefere, daß das Christentum durch den germanischen Götterkult ersetzt werden müsse. Bei diesem Kampfe würden von 70 Millionen Deutschen 7 Millionen Klassenlose übrigbleiben, die dann die Welt beherrschen! Hoffentlich macht er's wahr. Dr. Deseznitz und der Vorsitzende verpflichteten die wählischen Phrasen vollenden. Sozialdemokraten und Kommunisten zogen vorzeitig wieder ab. Der Abend war ein voller Erfolg für die Zentrumspartei, was wesentlich der wählische Agitator beitrug. Am Leutensdorf, helfe auch bei der Wahl deinen Mann wie bisher!

Kunst und Künstler. Die nächsten Wochen und Monate bringen eine Reihe Musikfesten und Feste. Bei uns in Dresden erht man Ludwig van Beethovens durch einen Beethovenkonzert, der teils in der Staatsoper und teils im Gewerkehause stattfinden. Der erste Abend ist am 5. Mai. Er bringt die beiden ersten Sinfonien. — Eine Musikwoche zeitgenössischer Werke veranstaltet Dortmund vom 22. bis 27. April. Beim Erscheinen dieser Zeilen sind also die künstlerischen Darbietungen schon vorüber. Das Programm enthält ein Chorwerk der „Naturharmonie“ von Haugener und das „Teikum“ von Braunsfeld, ein Instrumentalmusik die „Symphonische Fantasie“ von Rengelberg, die „Hymne“ von Kohl, „Introduction, Variationen und Fuge über „Jerusalem, du hochgeachtete Stadt“ von Manasse, die 2. Sinfonie von Trapp, ein Kammermusik ein Streichquintett von Pfitzner, a-cappella-Chöre von Haas und Beer-Baltrun, ein Streichquartett von Kaminski, die Oper „Mitterblaubart“ und „Judith“. — Frankfurt a. M. rücht sich zum 54. Tonkünstlerfeste des Allgemeinen Deutschen Musikvereins. Es umfaßt die Zeit vom 9. bis 15. Juni. An Werken kommen zu Gehör: Symbiose von Raubaus, Ouvertüre von Kraft Wolff, Symbiose von Ermatinger, Symbiose Phantastie von J. van Ingenhoven, das Chorwerk „Jehoch“ von G. v. Reukler, Orchesterkonzert von Büfoni, Choralen für eine Singstimme und Kammerorchester von Schoed, Quartett für Trompeten von Zemlyh, Szenen aus der Oper „Wozzeck“ von Alban Berg, a-cappella-Gesänge von Pfitzner, Weingack und Schönberg, Richard Strauss ehrt man mit der „Deutschen Motette“ und der „Sinfonia Domestica“. Außerdem hält Alois Haba einen Vortrag über Vierteltonmusik. — Anfang Juli finden in Göttingen Händel-Opern-Festspiele statt. Dabei erht händels bettere Oper „Serse“ in der Dr. O. Hagenbachs Bearbeitung ihre Uraufführung. — In Rom soll die vierhundertste Wiederkehr des Geburtstages von Palästina feierlich begangen werden. Die Königliche Akademie Santa Cecilia, deren Mitbegründer Palästina 1584 war, hat die Ausgestaltung übernommen. — Der Organist Carl Böhm führt in der Karnerberger St.-Georgskirche geistliche Abendmusiken ein. Es werden u. a. historische Konzerte gegeben werden, die die Entwicklung der Orgelmusik von ihren ersten Anfängen bis zur neuesten bringen. Im Laufe der Zeit sollen auch sämtliche Orgelwerke Sachsens zu Gehör kommen. —

Spieländerung des Schauspielhauses. Am Mittwoch, den 30. April gelangt auf „Ein Sommernachtstraum“, „Der Kaufmann von Venedig“ zur Aufführung. Anfang 1/2 Uhr.

**Volkvereins-Ortsgruppe Dresden-Altstadt**  
**Katholischer Frauenbund, Zweigverein Dresden**  
 Donnerstag den 1. Mai 1924  
 im großen Saale des Künstlerhauses,  
 Grunaer-Ecke Albrechtstraße,  
 spricht der Vortragmeister  
**Ludwig Flehner**  
 frei aus dem Gedächtnis  
**Der Pate des Todes**  
 Romanische Dichtung von Rudolf Baumbach  
 Anfang 7,30 Uhr Ende nach 10 Uhr  
 Numerierte Sitzplätze im Vorverkauf in der Buchhandlung  
 Beck, Schloßstraße, Kunsthandlung Trümper, Sporengasse,  
 Sekretariat des Frauenbundes, Portikusstraße 12, II., und  
 Konzertdirektion Ries, Seestraße. 3 M., 2 M., 1 M., 50 S.

**Südlausitz.**  
 Sonntag den 11. Mai nachm. 4 Uhr  
**Volkstereinstagung in Hirschfelde**  
 in Hennigs Gasthof.  
 Vortrag eines hochwürdigen Oblatenpaters:  
**„Das Priestertum der katholischen Kirche.“**  
 Glaubensgenossen!  
 Kommt alle recht zahlreich und pünktlich!

**Fremdenhof „Stadt Görlitz“**  
 Dresden - N. 6  
 Rähnitzgasse, Ecke Heinrichstraße  
 empfiehlt seine gut eingerichteten  
 Fremdenzimmer bei mäßigen Preisen

Jeden Tag frische  
**Rinderknochen**  
 in großen und kleinen Mengen hat  
 bis auf Weiteres abzugeben  
**F. W. Gottlöber Nachfg.**  
 F. W. Niedenföhr  
 Inhaber: Hoflieferanten E. & O. Kletzsch  
 Dresden, Prager Straße 18.

**Korsetten nach Maß**  
 fertigt unter Garantie für tadellosen Sitz und  
 Prima Stoffen auch für Damen mit Mängeln  
 in der Figur bei kunstvoller Verdeckung.  
 Besuche gern und kostenfrei.  
**Frau Lina Jähne**  
 Dresden, Ludwig-Richter-Straße 15, pt.  
 Fernruf Nr. 34811

Gebr. Eichhorn  
 Trompeterstraße  
 Enorm billig  
 Kinderwagen  
 u. Sportwagen.  
 Riesenauswahl!

**Europa spricht davon!!!**  
 Das Wunder der  
 Zigarettenfabrik „Haus Goethe“  
 Goethe Privat **Doppelformat**  
 Banderole 3 S  
 Ferner:  
 Goetz 2 S Faust 3 S Tasso 4 S Egmont 5 S  
 Rein orientalische Tabake!  
 Große Rabatte! Weitestehende Zahlungsbedingungen!  
 Fabriklager für Sachsen und N.-Schlesien  
**Tabakhandels-Gesellschaft m. b. H.**  
 Dresden-A. 1, Zirkustr. 8, Fernspr. 17399  
 Verlangen Sie noch heute Mustersondungen!  
 Vertreter gesucht!

Einladung  
 zur  
**ordentlichen**  
**Gesellschafter-Versammlung**  
 der  
**Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H., Dresden**  
 am Sonnabend, den 10. Mai 1924, nachmittags Punkt 3 Uhr,  
 im Herrenzimmer der Bahnhofswirtschaft Dresden-Neustadt  
 Tagesordnung:  
 1. Vorlegung und Genehmigung der Bilanz für das Jahr 1923.  
 2. Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates.  
 3. Bericht über die Lage und die Aussichten des Unternehmens.  
 4. Satzungsänderung.  
 5. Aufsichtsratswahlen.  
 Dresden, den 26. April 1924.  
 Der Aufsichtsrat: Dr. Hille, Vors.  
 Der Geschäftsführer: J. Fohmann

**BRUNO SENEWALD**  
 DRESDEN-JOHANNST. TATZBERG 23  
 ECKE ARNOLDSTR. STRASSENBAHNLINIEN 1, 3, 18, 20. GEGR. 1859  
**STADT- u. FERNTRANSPORTE**  
 MITTELS GESHIRR, EISENBÄHN u. MÖBELWAGENAUTOS  
 EINLAGERUNG, VERPACKUNG, SPEDITION  
 TELEGRAMM-ADRESSE: SENEWALD  
 FERNSPRECHER 32974

**SINGER**  
**NAHMASCHINEN**  
**SINGER**  
**SINGER**  
**NAHMASCHINEN**  
 ERLEICHTERTE ZAHLUNGSBEDINGUNGEN  
**SINGER CO. NAHMASCHINEN ACT'GES.**  
 Ferdinandstraße 2 · Dresden · Hauptstraße 6

**Eduard Wohlauf**  
 Dresden-A. 11393  
**Handschuhe**  
 Pragerstr. 34  
 Beste und preiswerteste Bezugsquelle  
 für Handschuhe, Strümpfe und Krawatten

Zur  
**Wahlpropaganda!**  
 Sonderabdrucke von dem Wahlaufruf  
**„Wer schützt die konfessionelle Schule?“**  
 in der Nummer 88 vom 12. April 1924  
 sind zu beziehen durch unsere  
**Geschäftsstelle, Dresden, Nothelfenstr. 46**  
 Der Preis stellt sich bei 500 Stück  
 auf 5.— Mk.

Zur Führung des frauens  
 losen Haushaltes eines Be-  
 triebseamten in Umgebung  
 Dresdens wird sofort  
 geeignete Persönlichkeit gesucht.  
 Vorhandene Kinder: 2 er-  
 wachene Söhne, ein 7jähr.  
 Mädchen. Ermöglicht ge-  
 bühnemes. wirtschaffl. Weseu  
 Werte Ehehate erbeten  
 unter „L C 675“ an die  
 Geschäftsstelle d. Sächsischen  
 Volkszeitung. 726

Rauerfälliges besseres  
**Mädchen**  
 zum 16. Mai oder 1. Juni  
 gesucht, coll. auch früher  
**Dr. W. Fischer,**  
 Dresden, Weißhofstr. 17c.

Unständiges  
**Hausmädchen**  
 möglichst Schlesiern, für  
 Wirtsch. Haushalt (2 Personen)  
 zum 1. Juni gesucht.  
**H. J. Sobotzik,**  
 Radebeul, Promstr. 21, I.

**Stubenwagen**  
**Kinderwagen**  
**Promenadenwagen**  
**Klappsportwagen**  
**Puppenwagen**  
**Bruun & Abmann**  
 Kinderwagen-Spezialhaus  
 Dresden-A.  
 Pirnaische Straße 32  
 Ecke Zinzendorfstraße

**Fahrräder**  
 Dürkopp, leichte kettenlose,  
 alle Ersatz- und Zubehörteile  
 Reparaturen billigst  
**Joseph Kubis**  
 Dresden, Schandauer Str. 59  
 Fernsprecher 81167  
 Erleichterte Zahlungsweise

**Gebrauchter Flügel**  
 über Klavier und Harmonium  
 sofort gegen bar zu  
 kaufen gesucht.  
 Offerten erbeten u.  
 „L B 674“ an die Ge-  
 schäftsstelle der Sächsischen  
 Volkszeitung.

In **Bad Schandau** will eine  
**St. Antonius-Kirche**  
 entstehen.  
 Sandtest Du schon Dein Scherflein an das  
 Postscheck-Konto Dresden 32408  
 Katholisches Pfarramt Königstein?

**Wollwarenhaus Oskar Köhler Nachf.**  
 Dresden - N., Alaunstraße 14 (Nähe Albertplatz)  
 Vorteilhafte Bezugsquelle in  
**Trikotagen, Strümpfen, Strickgarnen**  
 Eigene Strumpfwirkerei u. Anstrickerei

**Bruchleidende**  
 Mein federloses Bruchband ist das Bruch-  
 band der Zukunft. Bin in Dresden zu  
 sprechen: jeden Montag, Ostbahnstraße 4, und  
 in Löbau i. S. jeden Donnerstag, Altmarkt 9.  
**Fr. Wilhelm Witte**  
 Spezialist für federlose Bandagen

**Dresdner Theater**  
**Opernhaus**  
 Mittwoch  
 Tiefland (1/8-10)  
 (Vollsbühne 5441-5500  
 und 2801-2840)  
 Donnerstag  
 Don Giovanni (7-1/2, 11)  
 (Vollsbühne 2841-2890)

**Schauspielhaus**  
 Mittwoch  
 Der Kaufmann von Venedig  
 (1/8-1/11)  
 (Vorstadttheater A)  
 Donnerstag  
 Der arme Konrad (1/8)  
 (Außer Theatral)  
 (Vollsbühne 4121-4225)

**Menadier**  
**Schauspielhaus**  
 Mittwoch  
 Pygmalion (1/8-1/11)  
 (B., B., B. 4001-5000)  
 Donnerstag  
 Professor Bernhardi (1/8-11)  
 (B., B., B. 9201-9800)

**Neues Theater**  
 in der Kaufmannschaft  
 Mittwoch  
 Die Schönen  
 Donnerstag  
 Der Tenor der Herzogin  
 (1/8-1/10)  
 (Vollsbühne 7251-7470)

**Residenz-Theater**  
 Mittwoch  
 Der Fürst v. Pappenheim (1/8)  
 Donnerstag  
 Mädi (1/4)  
 Der Fürst v. Pappenheim (1/8)

**Central-Theater**  
 Mittwoch 1/8 Uhr  
 Das große internationale  
 Varieté-Programm

**Viktoria-Theater**  
 1/8 Uhr  
 Das Varieté-Programm  
 1/8 Uhr  
 Das Kabarett mit Engelbert  
 Müde

**Konzerthaus Ries**  
 Mittwoch  
 1/8 Uhr im Palmengarten  
 Letztes Konzert  
 des Dresdner Streichquar-  
 tetts (Freiherr v. Schneider-  
 Wipphahn-Kropf-Solert)  
 Donnerstag  
 1/8 Uhr im Röntgenhaus  
 Wiederholung.

**Gründlichen Klavierunterricht**  
 (Unter-, Mittel- und Oberstufe)  
 erteilt konservatorisch ge-  
 prüfte Musiklehrerin, Näh.  
 Dresden-A., Zöllnerstr. 36, II. r.